

Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa.
Grunn Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptpostamts Riesa, sowie des Gemeinderates Gröbza.

Postkontos: Dresden 1539
Girokonto Riesa Nr. 22.

Nr. 295.

Montag, 19. Dezember 1921, abends.

74. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 8.— Mark ohne Zustellgebühr. Einzelnummer 50 Pf. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite, 8 mm hohe Grundzeile (7 Zeilen) 2.— Mark, Zeitraumbänder und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Nachweis- und Vermittlungsgebühr 75 Pf. feste Tarife. Bewilligter Rabatt erteilt, wenn der Betrag vorfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Schlägige Unterhaltungsabgabe „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Versanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ronger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Döhnel, Riesa; für Anzeigentel: Wilhelm Dittich, Riesa.

Wittwoch, den 21. Dezember 1921, vorm. 9 Uhr findet im Auktionslokale des Amtsgerichts Riesa im Auftrag des Rechtsanwalts Fischer in Riesa als Verwalter im Gesamtschiedlichen Konkursverfahren von allerlei Eisen, Stahl, Aluminium usw. Holz, Metall, Aluminium statt.

Die Hauptsache der Emaillegeräte kommt von 2 Uhr nachm. an zur Versteigerung, desgl. 1 Ledertafel mit Pult (3 = lang) und Lattenregale.
Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Riesa.

Berichtigung. In der Bekanntmachung betreffend die Elektrizitätswerke-Betriebs-Aktiengesellschaft in Riesa vom 15. Dezember 1921 muß es heißen: Die Generalversammlung vom 22. November 1921 statt 23. November 1921.
Amtsgericht Riesa, den 19. Dezember 1921.

Wir geben hiermit bekannt, daß der neu aufgestellte und durch das Bezirkskollegium Riesa genehmigte VIII. Nachtrag zur Ortschulordnung für die Stadt Riesa vom 20. Dezember 1921 ab während der gewöhnlichen Geschäftsstunden im Rathaus, Schulamt, Zimmer Nr. 9, zur Einsichtnahme 14 Tage lang ausliegt.
Der Rat der Stadt Riesa — Schulamt —, am 17. Dezember 1921. G.

Anzeigen

für die abends erscheinende Ausgabe des Riesauer Tageblattes werden bis spätestens früh 10 Uhr (möglichst tags zuvor) erbeten. Geschäftsstelle des Riesauer Tageblattes, Goethestr. 59.

Derliches und Sächsisches.

Riesa, den 19. Dezember 1921.

— **Deffentliche Sitzung des Stadterordneten-Kollegiums zu Riesa** am Dienstag, den 20. Dezember 1921, abends 8 Uhr im Festsaal der Oberrealschule. 1. XII. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung. Berichtshatter Herr Stadt. Richter. 2. IX. Nachtrag zur Ortschulordnung. 3. Vertrag über die Unterbringung eines Kriminalpostens in Riesa. 4. 1. Nachtrag zum Ortsgeföh über die Aufnahmestückabgabe an die Mitglieder der städtischen Körperchaften. Berichtshatter: Herr Stadt. Schmelz. 5. Ablehnungsschreiben des zum Stadtrat gewählten Herrn Keiler. 6. Erhöhung des Gaspreises. Berichtshatter Herr Stadt. Schneider. 7. Erhöhung des Wasserpreises. Berichtshatter: Herr Stadt. Feiler. 8. Mitteilung: a) Schreiben des Rates, die Straßenumbenennung betr. b) Denkschrift des Vereins für Freunde. c) Einladung zu einer Veranstaltung der Oberrealschule. Nichtöffentliche Sitzung.

— **Rückliches.** Vergebens haben vorigen Sonntag viele auf das Geld gewartet, das abends 7/8 Uhr den Glockenfestzug für gestern ankündigen sollte. Es bestand die Hoffnung, daß die Glocken durch die Vermittlung eines hiesigen Eisenbahnbeamten, der sich persönlich dieser Sache freundlich annahm, noch am Sonnabend abend von Leipzig-Wahren-Engelsdorf nach Riesa gebracht werden könnten. Leider aber hat er scheitern müssen, daß der Wagen mit den Glocken, der am 5. d. M. in Bochum abgegangen ist, noch nicht in Wahren eingetroffen ist. Die erforderlichen Schritte sind getan worden. Die Einholung der Glocken wird aber nun wohl erst am 2. Weihnachtstierstage stattfinden können.

— **Der goldene Sonntag.** Nun ist auch der letzte Sonntag vor dem Weihnachtsfest, den man als den goldenen bezeichnet, vorübergegangen. Er bürtte seinem Namen immerhin Ehre gemacht haben. Der Verkehr in der Stadt ließ jedenfalls nichts zu wünschen übrig und nicht selten sah man mit Wägen und Wägen beladene Menschen durch die Straßen eilen. Das stürmische und regnerische Wetter war allerdings dem Verkehr nicht günstig, aber gerade weil trotzdem so viele Menschen unterwegs waren, darf wohl angenommen werden, daß viele der durch die Straßen Wandernden von der Abicht geleitet waren, Einkäufe zu machen.

— **Wer kann Auskunft geben?** Für die hiesige Kriminalabteilung ist es von Wichtigkeit, zu erfahren, wer der Besitzer des zweifelhaflichen Geschirres ist, das am 17. d. M. nachmittags gegen 7/8 Uhr mit zwei zusammenhängenden Feldwagen nach dem hiesigen Güterbahnhofe und zurück über die Bleichbrücke gefahren ist. Personen, die sachdienliche Angaben hierzu machen können, werden gebeten, sich bei der hiesigen Kriminalabteilung zu melden. Jede Mitteilung hierüber wird als vertraulich angesehen.

— **Feuerungsaktion der Beamten.** Das Ortskollegium Riesa des Deutschen Beamtenbundes teilt uns mit, daß der Reichsfinanzminister die Spitzenorganisationen für heute Montag zur Besprechung der Forderungen einladen hat.

— **Im Bankgebäude der Riesauer Bank** fand am vorigen Sonnabend die für diesen Tag einberufene außerordentliche Generalversammlung der Aktionäre der Bank statt, welche von 28 Teilnehmern mit 557 Stimmen besucht war, und von dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats, Herrn Kommerzienrat Schönberg, geleitet wurde. Die Vorträge der Verwaltung, das Grundkapital von 4 auf 8 Millionen Mark zu erhöhen, sowie die dadurch sich ergebende Satzungsänderung zu genehmigen, wurden ohne Debatte einstimmig angenommen, nachdem vom Verwaltungsrat die Notwendigkeit der Vermehrung der eigenen Mittel begründet worden war. Die neuen Aktien sind nach dem Generalversammlungsbeschluss den Inhabern der alten Aktien zum Kurse von 155%, im Verhältnis von 1:1 (auf jede alte Aktie eine neue) zum Bezuge anzubieten, nicht bezogene Stücke hingegen zum Mindestkurs an ein Konjunktium zu begeben. Die Ausgabe der neuen Aktien soll in der zweiten Hälfte des nächsten Monats erfolgen und sind die Zeichnungen hierauf alsdann an den Rassen der Bank zu bewirken, an denen auch solche von Nichtaktionären auf freiverwendende Stücke abgegeben werden können. Die Bank besteht seit 1903. Sie wurde errichtet zunächst mit einem Kapital von 300 000 Mark, das in 1906 auf 600 000 Mark, in 1910 auf 1 Million Mark, in 1913 auf 1 1/2 Millionen Mark, in 1918 auf 2 Millionen Mark und in 1920 auf 4 Millionen Mark erhöht wurde. Nach dem letzten Abschluss besaßen sich die offenen Reserven auf über 1 1/2 Millionen Mark. Die letzter gewählten Dividenden betragen: 5, 6, 7, 7, 7, 8, 8, 6 1/2, 7 1/2, 8 1/2, 8 1/2, 10, 15%. Satzungsgemäß bildet den Gegenstand des Unternehmens der Betrieb von Bankgeschäften aller Art, insbesondere die Vermittlung des Kapitals und Kreditverkehrs in Handel, Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft. Unterliegt ist der Gesellschaft, Spekulationsgeschäfte für eigene Rechnung zu betreiben.

— **Mit der mäßigen Lage auf dem Kartoffel- und Zuckermarkt** hat sich der Verband Sächsischer Konsumvereine in einer Sonderversammlung beschäftigt, die dieser Tage in Chemnitz stattfand. Mit Entschiedenheit wurde festgestellt, daß Zucker auf legitimen Wege so gut wie gar nicht zu beschaffen sei, daß aber der illegitime Handel große Mengen dieses wichtigen Lebensmittels bringe und Zucker zu wucherlichen Preisen abzugeben vermöge. Während die Konsumgenossenschaften und der solide Kleinhandel nicht in der Lage seien, die so außerordentlich bedürftige Bevölkerung mit Zucker zu den angemessenen Preisen zu versorgen, habe vielfach festgestellt werden können, daß Zucker selbst zu größeren Posten bis zu einem Zentner zu höheren Preisen an solche, die diese zu zahlen vermögen, abzugeben wurde. Bezugsberechtigte würden von den Zuckerfabriken hinsichtlich ihrer Belieferung mit allerhand Auswüchsen klagelassen, während alle die, die über die normalen Preise hinausgingen, in jeder Weise begünstigt würden und in den Besitz von Zucker gelangten. Eine sehr scharfe Stellung nahm die Versammlung zu der Kartoffelverformung zu. Sie sagte ihre Vorbehalte in folgende Entschiedenheit zusammen: „Die im Volksmunde zu Chemnitz tagende Versammlung von Vertretern sächsischer Konsumvereine, deren Mitgliedschaft weit über 1 800 000 Verbraucher — nahezu 90 Prozent der sächsischen Bevölkerung umfassen, fordern von den Regierungen und Parlamenten des Reiches und der Länder die schleunigste Durchführung aller Maßnahmen, die geeignet sind, der allgemeinen Teuerung entgegenzuwirken und der schieren Notlage der Bevölkerung zu wehren. Gegen Zucker und Preistreiber ist neben hohen Geldstrafen in jedem Falle mit schmeren Freiheitsstrafen vorzugehen. Insbesondere fordern die Vertreter der verarmten Konsumgenossenschaften von der Reichsregierung zur Behebung der gegenwärtigen Kartoffelnot 1. sofortige Festsetzung der noch bei den Landwirten vorhandenen Bestände an Speisekartoffeln; 2. Abgabe dieser Bestände zum Selbstkostenpreise an die Gemeinden und Verbrauchergenossenschaften zur Verteilung an die minderbemittelte Bevölkerung; 3. schleunige Durchführung des Ausfuhrverbotes, also restlose Unterbindung der Ausfuhr von Speisekartoffeln nach dem Auslande; 4. sofortige Aufhebung der widerrechtlich verordneten Ausfuhrverbote deutscher Bundesstaaten nach anderen deutschen Staaten; 5. das sofortige Verbot der Verarbeitung von Speisekartoffeln zu Brennweiden und 6. sofortiges Verbot der Verfütterung von Speisekartoffeln.“

— **Die Vereinigung sächsl. hsh. Staatsbeamter** hielt am 10. d. M. die aus allen Teilen des Landes aus besuchte zweite diesjährige Mitgliederversammlung ab. Nachdem der Geschäftsführer Rechtsanwalt Dr. Fritz Richter den allgemeinen Geschäftsbericht erstattet hatte, in dem er u. a. betonte, daß auch die höheren Beamten die Forderung der unteren Gruppen für durchaus unzulässig hielten, gab der Vorsitzende Ministerial-Rat von Seydewitz einen Überblick über die Kampf um die Erhaltung des Berufsbeamtenstandes seit der Ende Juni d. A. abgehaltene letzten Mitgliederversammlung. Er behandelte die Wirkung des Amtshauptmannspostens in Leipzig mit einem Nachschuß, wies ferner auf die dem Berufsbeamtenstand nach dem Gesetzentwurf über Gemeindeordnung und Bezirksverwaltung drohenden Gefahren hin und behandelte sodann die Geschichte und den Inhalt der Verordnung des Arbeitsministeriums vom 12. 10. 21 über die Anstellung der Gewerbeaufsichtsbeamten, nach der in Zukunft die atademische Vorbildung nicht mehr die unbedingte Voraussetzung für die Befugung der Gewerbeaufsichtsbeamtenstellen bildet und die dem Arbeitsministerium sogar die Befugnis einräumt, auch Nichtakademiker von den nach der Verordnung von ihnen abzulegenden Prüfungen zu entbinden. Am Schluß hob er hervor, daß es die erste und vornehmste Pflicht jeder Beamtenorganisation sei, alles an die Erhaltung eines politisch neutralen auf der höchsten Stufe der Leistungsfähigkeit stehenden Berufsbeamtenstandes zu setzen, nicht um dieses Berufsbeamtenstandes selbst willen, sondern weil es die festeste Stütze des gesamten Staats- und Verwaltungswesens bilde. Hierzu gab Legationsrat v. d. Decken einen Überblick über den Zusammenhluß der gesamten höheren Beamten im Reich, dessen Ausbau nachträglich vollendet werden wird. Min.-Rat Sorger berichtete über den Haushaltsplan auf das Jahr 1922, der ebenso wie die Festsetzung des Mitgliedsbeitrages genehmigt wurde. Zum Schluß beschäftigte sich die Versammlung noch eingehend mit der Frage einer regeren Verbindung zwischen Vorstand und Mitgliedern und übertrug die weitere Behandlung dieser Angelegenheit dem Vorstand.

— **Ein Massen-Abtreibungs-Prozess** beschäftigte am Sonnabend die siebente Strafkammer des Dresdener Landgerichts bis in die Abendstunden. Die Anklage war erhoben worden gegen die 38 Jahre alte Schlosserlehrling Anna Selma W. geborene M. und 15 Genossinnen, sämtlich in Gröbza, Riesa, Köderau, Olshag und Umgegend wohnhaft. Die W. befindet sich schon seit längerer Zeit in Unterbindungshaft; ihr wird zur Last gelegt, daß sie Frauen und Mädchen in besonderen Verhältnissen beigestanden habe, während die übrigen Angeklagten sich der

Abtreibung, bezw. des Versuchs oder der Beihilfe hierzu schuldig gemacht haben sollen nach § 218 des Reichsstrafgesetzbuches. Während der Dauer der Beweisaufnahme war die Öffentlichkeit ausgeschlossen; nach deren Ergebnis wurden die W. zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrenrechtsverlust, eine der anderen Angeklagten zu sechs Monaten, alle 14 anderen Angeklagten zu Gefängnisstrafen von zwei Monaten abwärts verurteilt.

— **Warenverforgungsstelle Deutscher Gewerkschaften.** Der Verband Sächsischer Industrieller schreibt: Aus den Kreisen von Handel und Industrie mehren sich die Klagen über die Warenverforgungsstelle Deutscher Gewerkschaften. Bekanntlich ist diese Warenverforgungsstelle Deutscher Gewerkschaften mit Unterstützung des Reichsarbeitsministeriums unter Zurechnungstellung eines beträchtlichen Kredites aus dem Fonds der produktiven Erwerbslosenfürsorge gegründet worden zu dem Zweck, Erzeuger und Verbraucher möglichst direkt in Verbindung zu bringen. Obwohl schon diese Ausrichtung des Handels auf der anderen Seite wieder eine Verwerflichkeit im Teilhandel nach sich ziehen und insbesondere den Detailhandel mit Unterstützung aus öffentlichen Mitteln erheblich schädigen muß, und schon aus diesem Grunde für die Industrie äußerste Zurückhaltung gegenüber der Warenverforgungsstelle geboten erscheint, sind auch die Bedingungen, unter denen die Warenverforgungsstelle Deutscher Gewerkschaften Geschäftsbeteiligungen annehmen darf, derartig, daß sie für Lieferfirmen unmöglich annehmbar werden können, da sie allen geschäftlichen Gesichtspunkten widersprechen und auch sonst den Anreiz auf kaufmännischen Anstand nicht machen können. Bei Abschluß eines Kaufvertrages mit der Stelle muß die Lieferfirma nämlich u. a. sich verpflichten, auf Verlangen zum Nachweis über die Kalkulation die Belege über Zusammenfassung der Kalkulation vorzulegen, zu erklären, daß der Kaufpreis sich mit dem zum Abschluß des Kaufvertrages vorgelegten Kalkulation deckt und sich verpflichtet, den Vertreter einer der Deutschen Gewerkschaften als Beauftragten des Käufers anzuerkennen und ihm auf Verlangen eine Kontrolle über die oben erwähnten Verpflichtungen zu erteilen. Diese Bedingungen sprechen für sich. Es werden sich wohl nur wenige und höchstens keine Firmen finden lassen, die Wert auf eine solche Geschäftsverbindung legen und ein solches Kaufangebot annehmen werden.

— **Einigung über die Kirchenverfassung.** Das „Dops. Tageblatt“ berichtet: Im Verfassungskonferenz der evangelisch-lutherischen Landeskirche scheint man sich über die neue Verfassung der sächsischen Landeskirche nun geeinigt zu haben. Der bisherige Entwurf einer Verfassung, der vom Landeskonjunktium ausgearbeitet war, dürfte dahin abgeändert werden, daß sich Synode und Konjunktium in die Ausübung des Kirchenregiments teilen, daß über diesen beiden Stellen oder als oberstes Regierungsorgan ein Landeskirchenauschuß stehen wird. Diefem soll ein Geistlicher vorstehen, der also die oberste Spitze bilden wird. Für diesen Geistlichen wollen einige Pfarrerkreise den Namen Landesbischof, andere den Namen Landespfarrer gegeben wissen.

— **Der Ankauf von Gold** für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 19. bis 25. Dezember d. J. unvermindert wie in der Vorwoche zum Preise von 720 Mark für ein Zwanzigmarkstück, 360 Mark für ein Zehnmarkstück. Für die ausländischen Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt.

— **Gröbza.** Deffentliche Sitzung des Schulvorstandes findet am Dienstag, den 20. Dezember, nachm. 7 Uhr im Sitzungssaal in der Zentralschule statt. Verhandlungsgegenstände: 1. Beschlußfassung über Teilung der Fachklasse für Metallarbeiter. 2. Mitteilung des Unterrichtsplanes der Klasse für ungelernete Arbeiter. 3. Festsetzung der Pflichtstunden für Fortbildungs- und Fachlehrer und Lehrerinnen. 4. Beschaffung des notwendigen Inventars für die Schulfüche. 5. Anbringung von Beiträgen in verschiedene Klassenzimmer des Schulneubaus. 6. Besuch des Herrn Wofebach um Ueberlassung der freiverwendenden Wohnung des Herrn Klemm. 7. Mitteilung über die vorgenommenen Wahlen für zu besetzende Lehrstellen. 8. Beschlußfassung über Erhöhung des Lohnes für Lehr- und Schwestern. 9. Erstattung der Umzugskosten an Herrn Lehrer Feiler. 10. Mitteilungen und Anfragen. — Derauf nichtöffentliche Sitzung. — Berichtshatter sind zu 1 Herr Giesler, zu 2 Herr Vorstehende, zu 3, 4, 5 und 6 Herr Schmidt, zu 7 Herr Dir. Börner, zu 8 Herr Horn, zu 9 Herr Lämmel.

— **Fahnerer Dreibrüder.** Auf unerklärliche Weise waren einem hiesigen Gutsherrn 20 Hühner nach und nach abhanden gekommen. Alle Versuche, dem Täter auf die Spur zu kommen, waren vergebens. Doch eines Tages, als der Herrwegene das 21. Huhn davontragen wollte, konnte ihn der Besitzer dabei überraschen. Der schlaue Fuchs hatte sich auf Deckung eine Rede angewählt; als zweite Deckung bemühte er bei seinem Sichtbarwerden den benachbarten Gutshof. Daher konnte der Bauer leider noch nicht des Fuchses habhaft werden.

Wronenau. Auf dem Wochenmarkte am Sonnabend hatten sich die Preise pro Pfund wie folgt: Äpfel, 3-4 M., Butter, Stück 22-24 M., Fettberinge 8 M., Karotten 1 M., Kartoffeln 0,80 M., Grünobl 1 M., Rosenohl 4 M., Rohrohr 0,60 M., Rotkraut, blaues, 1,50-1,80 M., fremdes 2,50 M., Weißkraut, blaues, 1 M., fremdes, 1,60 M., Weißkraut 1,20 M., Möhren 0,80 M., Rüsse 13 M., Mettische, schwarze, Stück 0,05-0,80 M., Rotbarich m. R. 5,50 M., Sellerie 1,50 M., Kohlraben 0,40 M., rote Rüben 0,50 M., Zwiebeln 2 M.

Radobera. Sonntag früh wurden hier der Laerschuppen und das Holzlager einer Glasfabrik völlig durch Feuer zerstört. Die Feuerwehren von Radobera und den benachbarten Ortschaften hatten unter starkem Wassermangel zu leiden.

Birna. Ein frecher Straßenraub wurde am Freitag vormittag gegen 11 Uhr auf der Oberen Burgstraße vor der Amtshauptmannschaft ausgeführt. Ein junger Mädchen war im Besitz eines Geldebetrags von 150 M. nachzuweisen, als sich ihr ein Radfahrer näherte und ihr von hinten den Geldebetrag aus der Hand riss. Der Radfahrer, ein junger Mann von etwa 20 Jahren und mit grau-grünlichem Anzug bekleidet, fuhr unerkannt in der Richtung nach der Hauptstraße davon.

Altenberg i. E. „Bettelarm“ um milde Gaben heischend, ging hier ein Mann von Haus zu Haus, der schließlich ins Gerichtsgelände eingeliefert wurde. Bei der Untersuchung seiner Kleider wurden nicht weniger als 470 Mark Bargeld, meist Einmarkstücke, 202 Aluminiummünzstücke, 1565 Schillingen, 1200 Pfennigen, 31 Pfennigen in Silber und 9 Mark in Silber vorgefunden. Außerdem hatte er noch eine ganze Kasse verfallenen Barm- und Metallgeldes aus fast allen Staaten. Das Sortieren und Zählen des Geldes nahm mehrere Stunden in Anspruch.

Aue. Es mehren sich Fälle, daß Händler Kartoffeln nur dann an Käufer abgeben, wenn ein bestimmtes Quantum Marsarine mit eingekauft wird. Dieses Vorgehen der Händler hat natürlich große Empörung in den Verbraucherkreisen hervorgerufen. Im übrigen ist dieses äußerst verwerfliche Verfahren strafbar.

Widau. Eine nächtliche Verbrechenjagd über Dächer spielte sich hier ab. Die Geschlechterräume der Firma Max Gottfries am Marienplatz wurden nachts von einem raffinierten Einbrecher heimlich betreten. Um 1 Uhr hörte die Stille der Familie Gottfries, die unmittelbar über der Werkstätte ihr Schlafzimmer hat, höhrähnliche Geräusche. Sie verständigte Herrn Gottfries, der mit ihr im unteren Stock und den Einbrecher zu fassen verfuhr. Der Dieb hatte bereits eine Tür erbrochen und war gerade dabei, eine Eisentür, die von der Werkstätte nach dem Verkaufsraum führte, zu erbrechen. Auch die Fernsprechanlage hatte er zerstört, so daß es dem Besitzer nicht möglich war, die Polizei zu verständigen. Als die Stille Hilfe von der Straße herbeiholen wollte und auch Herr Gottfries seine Aufmerksamkeit für einen Augenblick darauf richtete, gelang es dem Einbrecher, zu entfliehen. Inzwischen waren durch Silberfäden fünf Balken herbeigerufen, die sofort die Verfolgung des Verbrechers aufnahmen. Dieser war die Treppe hinaufgeklommen und über das Dach zum Nachbarhaus geklettert, war dort eingestiegen, die Treppe hinuntergeklommen und hielt sich in einem Keller unter Holzbohlen verborgen. Hier konnte ihn bald darauf die Polizei festnehmen. Gefesselt wurde nicht, da die Verbrechen in einem 36 Zentner schweren Gelbschrank untergebracht waren. Der Dieb ist ein 21 Jahre alter Maschinenmacher Liebold, dem noch weitere Einbrüche zur Last gelegt werden.

Ortsartikel Meia des Deutschen Beamtenbundes.

Der am 16. Dezember im Saale der Elbterrasse veranstaltete zwanglose gesellige Abend, welcher nach langer Pause erstmalig mit Damen stattgefunden, zeigte nur eine schwache Beteiligung. Der Grund mag in dem nahen Weihnachtsfest mit seinen vielfachen Vorbereitungen gelegen haben. Im Mittelpunkt stand ein Vortrag des Herrn Oberingenieur Graf aus Dresden über Heimstättenwesen. Der Vortragende gelangte zu den Vorteilen des Eigenheims und beleuchtete die Schwierigkeiten seiner Beschaffung. Wie die Beamten und die Arbeitnehmer insgesamt in zähem Kampf um die Sicherung ihrer Existenz stehen, so auch im Kampf um das Eigenheim. Was billiger sei, das Großhaus (Miethaus) oder das Kleinhaus, sei nicht zu entscheiden, das müsse von Fall zu Fall gesehen werden. Jedenfalls leuchtet die Vorzüge des Eigenheims einem jeden ein. Das Einfamilienhaus oder die Heimstätte ist die ideale Wohnung. Die langen Kriegsjahre haben uns den Wert des eigenen Bodens recht vor Augen geführt, darum wird der Stadtbau gerade in unserer Zeit so sehr unterstützt. Leider die Ernährungschwierigkeiten ist das Volk zu der Einsicht gekommen, daß der Boden der wichtigste Besitz ist. Durch die Bodenreformbewegung wird

„Stille Nacht, heilige Nacht.“

(Ein Denkmal für seinen Dichter.)

Der Schöpfer des unsterblichen Weihnachtsliedes „Stille Nacht, heilige Nacht“, das jetzt wieder aus so vielen weltlich gekleideten Reihen erschallt, der Hilspracher Joseph Mohr, hat nunmehr in dem salzburgischen Dörfchen Oberndorf, wo er gewirkt, ein Denkmal erhalten, das vor kurzem feierlich enthüllt wurde. Auf dem Denkmal, das von dem Maler und Bildhauer Mühlbacher geschaffen worden ist, steht man den Dichter sich von oben her gleichsam aus dem Himmel herab blickend und mit lauschendem Ohr und erhabener Hand auf die Melodie seines Liedes hören, die von der Erde so weitläufig zu ihm emporklingt. Es ist ein ebenso sinniger wie volkstümlicher Gedanke, den wackeren Priester, dessen einzige Dichtung diese ewig jungen Strophen waren, in solcher Weise zu ehren. Bisher war sein Andenken weniger geachtet worden als das des Komponisten des Liedes, des Dorfschullehrers und Organisten Franz Xaver Gruber, dem bereits vier Gedächtnistage gewidmet sind. Des Zusammenwirkens beider, aus dem „Stille Nacht, heilige Nacht“ entstand, gedenkt die vergoldete Platte am Schulhaus in Oberndorf, die die Inschrift trägt: „Stille Nacht! Heilige Nacht! Wer hat Dich, o Lieb, gemacht? Mohr hat mich so schön erdacht, Gruber zu Gehör gebracht, Priester und Lehrer vereint.“ Aus einem zufälligen Anlaß und in einer glücklichen Stimmung wurde dies beliebteste Weihnachtslied erdacht und in Musik gesetzt. Es war zu Weihnachten 1818. Der Hilspracher Mohr in Oberndorf wollte gern eine recht schöne Weihnachtsfeier abhalten, aber die Orgel in seiner alten Nikolauskirche, die durch die Überschwemmungen der wilden Salzach arg mitgenommen war, versagte ihren Dienst und wollte keinen Ton von sich geben. Wie konnte er aber den „Heiligen Christ“ ohne Musik feiern? Er dachte sich daher aus, ein Lied zu verfassen, das sein Kirchenchor anstimmen könne, und schnell hatte er ein paar Strophen auf Papier gebracht, für die er aber nun noch eine schöne Melodie brauchte. Da machte er sich denn am 16. Dezember in aller Frühe auf den Weg und ging die 4 km nach Oberndorf, wo sein Freund, der Schullehrer Gruber, der zugleich auch Organist in Oberndorf war, wohnte und bei ihm, eine zu dem Gedicht passende Melodie für zwei Solostimmen mit Chor und Gitarre-Begleitung zu schreiben. Und wirklich vollendete Gruber in wenigen Stunden die Vertonung. Als am Weihnachtsabend 1818 die Gemeinde sich in dem Kirchenchor zusammensand, da wurde sie durch ein neues schönes Weihnachtslied erfreut, das Mohr und Gruber

angehört, daß ein Hebr Mittel am Boden haben müß. Der Boden muß zum höchsten Ertrage gezwungen werden. Ob- land muß kultiviert, niedrige genährte Ackerland muß in hochwertiges Gartenland umgewandelt werden. Das Wohn- wesen trägt große Schuld an dem moralischen Niedergang der Jetztzeit. Vor dem Kriege war die Bevölkerung in formidablen Umfängen gewachsen. Ein Vaterhaus gab es mit der Industrialisierung und dem Wachsen der Großstadt nicht mehr. Die Schwierigkeiten beim Bau einer Heimstätte bestanden vor allem bei der Landbeschaffung und bei der Veranschlagung. Jeder, der ein Stück Land hat, behält es, denn auf den Besitz des Papiergeldes wird weniger Wert gelegt. Im allgemeinen wird die Gemeinde Land zum Zwecke der Versteigerung bereitstellen, vorausgesetzt, daß sie welches hat. Wenn es für die Allgemeinheit dringend ge- braucht wird, wird es vom Reichswohnungsamt kommissar enteignet. Es ist zu unterscheiden zwischen Wirtschaftsheim- stätten und Wohnheimstätten. Die ersteren fallen unter das Reichswohnungsamt und beziehen sich lediglich auf häu- sliche Siedlungen. Landwirte oder ihnen nahebedingende Leute werden hierbei ausschließlich zur Verfassung ihrer landwirt- schaftlichen Existenz berücksichtigt. Derartige landwirtschaftliche oder gärtnerische Siedlungen dienen einzelnen Familien ohne fremde Hilfskräfte zur Fröhen ihres Lebens. Die Wohnheimstätten fallen unter das Reichswohnungsamt. Die Veranschlagung erfolgt aus Mitteln der Allgemeinheit, und zwar in der Höhe, daß sie den unrentierlichen Bauauf- wand decken. Sie wird in Sachen vom Landeswohnungsamt an die Stadt oder Gemeinde zur Deckung ihres Bedarfs vergeben. Außerdem gibt es noch sogenannte Arbeiterwoh- nungsbauvereine als öffentlichen Mittel, z. B. der Post oder Eisen- bahn. Sie sind aber sehr gering. Die Veranschlagung hängt ab von der Billigkeit des Landes. Es ist nicht der Boden billig, der etwa 2 Mark für das Quadratmeter kostet, son- dern der Boden, der ein Minimum von Aufschlagskosten erfordert (Straßen, Schuppen). Es muß also eine anbau- fähige Straße vorhanden sein. Die Verteilung der Anlagen und Ausführung des Baues soll man immer Fachleuten überlassen. Das Reichswohnungsamt bringt die Boden- bindung der Reichsheimstätte durch Eintragung in das Grundbuch. Die Gartenanpflanzung und der letzte Bodenpreis werden ebenfalls in das Grundbuch eingetragen. Der Reichs- heimstätten muß das Heim so halten, wie es das Gesetz vor- schreibt; dann kann er bis auf seine Nachkommen auf seiner Heimstätte sitzen. Er kann es aber nicht veräußern. In diesem Falle kann der Verkäufer (Staat, Gemeinde) das Heim wieder eingehen. Der Käufer (Heimstätten) bekommt die Bausumme nicht in die Hände, sondern der Träger des Verabrens (Staat, Gemeinde) macht darüber, daß sie wirt- schaftlich verbaut wird. Man kann nicht bauen, ohne an- zufragen. Die Anzahlung richtet sich zunächst nach der Grundfläche. Ist kein Kapital für die Anzahlung vorhanden, so kann es durch Hypothek besichert werden. Die erste Hypothek gibt jede Sparkasse, die zweite Hypothek gibt die Landesbank unter Garantie der Gemeinde. Der Zinseszinswert, d. h. die über die Veranschlagung hinaus- gehende Summe, hängt von den Ansprüchen des Siedlers ab. Es bedeutet für ihn die Miete und wird alle 5 Jahre bis zu 20 Jahren neu festgesetzt. Dann bleibt er bestehen, und die Heimbau-Hypothek wird gelöscht, der Siedler ist frei. Redner führte zum Schluß aus, daß es sehr schwer sei, zu siebeln, man müsse eine grenzenlose Geduld haben. Wenn man noch nicht siebeln könne, so solle man sich wenigstens das Land sichern und als Reichsheimstätten-Gartenland ab- geben lassen. Redner erntete für seine lehrreichen Aus- führungen lebhaften Beifall. Zur Unterhaltung trugen noch Kollegen durch musikalische Vorträge bei, sowie Herr Lehrer Doermann durch humorvolle ergötzliche Vorträge. Der Abend verlief durchaus zur Wiederholung an. Es sollen regelmäßig jeden 15. des Monats solche zwanglose Abende stattfinden. Dr.

Wilhelm II. zur Schuldfrage.

Die Berliner Rechtspreffe veröffentlicht einen Brief- wechiel vom Frühjahr 1921 zwischen dem früheren Kaiser und Odenburg über die Schuldfrage. Einleitend weist der frühere Kaiser darauf hin, daß er nur auf Odenburgs und seiner übrigen deutschen Ratgeber dringende Vor- stellungen sich zu dem Entschluß durchgerungen habe, außer Landes zu gehen, in der Überzeugung, daß es nur auf diese Weise möglich sei, dem Volke glücklichere Waffen- stillstandsbedingungen zu verschaffen und ihm einen blutigen Bürgerkrieg zu ersparen.

Als Beweis, daß auch im Juli 1914 das deutsche Be- streben der Erhaltung des Weltfriedens galt, zitiert der Kaiser das Wort des Königs: Die Friedensliebe des deutschen Kaisers birgt uns dafür, daß wir den Zeitpunkt für den Krieg selbst bestimmen können. Auf den Zeitpunkt Oden- burgs, daß das Schuldproblem nach wie vor den Angelpunkt für die Zukunft des deutschen Volkes bilde, und daß das

ber zusammenzutragen und bei dem der Kirchenchor den Beifall mifang. Mohr sang den Tenor, Gruber den Bass und spielte die Gitarre dazu. So war „Stille Nacht, heilige Nacht“ geboren.

Das schlichte Lied hat nicht gleich die Verbreitung ge- funden, die es heute besitzt. Wohl niemand ahnte damals, welsch einen Siegeszug durch die Welt Werke und Melodie antreten würden. Nur Grubers Frau sagte beim Ent- weg nach Arnstorf zu ihrem Mann: „Franz, das wird man noch singen, wenn wir längst gestorben sind.“ Es waren zunächst nur die Nachbargemeinden, die bei der Christmette den Gesang anstimmten; doch ist er bald auch im langgestreckten Tirol bekannt geworden, wosin es viel- leicht der Orgelbauermeister Mauracher aus Fügen im Jil- lertal, der die Orgel in Oberndorf wiederherstellte, mit- gebracht hat. Die ersten Verbreiter des Liedes in Deutschland waren die vier Weisköler Straßer, die aus dem Jilertal kamen. Diese Tiroler betrieben einen Handel mit seinen Handflächen und traten nebenbei auch auf ihren Geschäfts- reisen als Sänger auf. Als sie mit ihrer Ware zum Weis- kölermarkt 1831 nach Leipzig kamen, trugen sie bei einem Konzert im Gewandhaus nach einem Bericht der „All- gemeinen Musikalischen Zeitung“ Tiroler Lieder vor, und damals wird zum ersten Male im engeren Deutschland „Stille Nacht, heilige Nacht“ gesungen worden sein, denn als sie zum Weihnachtsmarkt 1832 zurückkehrten, werden sie bereits in einer Zeitungsanzeige gebeten, bei ihrem diesjährigen Kon- zert doch das schöne Weihnachtslied „Stille Nacht, heilige Nacht“ wieder vorzutragen. So besah der Weiskölergesang als „Tiroler Lied“ damals bereits eine gewisse Bekanntheit in Leipzig, und die Weisköler Straßer, die in den folgen- den Jahren vielfach in Berlin und andern deutschen Städten konzertierten, haben es immer mehr eingebürgert. 1844 fin- den sich Musik und Text bereits in dem Weisköler „Musik- alischen Schulfreund“, und so kam das Lied in die Schule und zog dann von Deutschland über den ganzen Erdball. Überhaupt ist auch die Schöpfung einer glücklichen Stunde wie fast alle „Volklieder“ nicht ohne Vorläufer und Vor- bilder. Prof. Karl Weimann hat nachgewiesen, daß die Mu- sik des Liedes sich sehr eng mit einem Weisköler-Vokale des großen Neapolitaner Meisters Timarola verhält. Wie- leicht hatte Gruber dies Stück einmal gehört, doch sind Auf- bau und Stimmführung des Liedes, die in ihrer Schlich- theit so meisterlich sind, ganz sein Eigentum. Übereinstim- mungen mit dem Text zeigt ein lateinisches Weihnachtslied, von dem man aber nicht genau weiß, ob es nicht vielleicht erst nach Mohrs Dichtung in die Sprache über- setzt wurde.

in Veranlassung der deutschen Verbrechen auszuweisen. Gegen- ständlich sich hinsichtlich rache, antwortet Wilhelm II., die lediglich die Erhaltung des Friedens erfordere die Wahrung der deutschen äußeren Vorkriegspolitik müsse jedem erkennbar sein, der sich der Wahrheit nicht verschließe.

Eine Bestellung vor einem feindlichen oder neutralen Gerichtshof, die ebenso wie das erzwungene deutsche Ver- zeichnen nur der Verdunkelung des Vorgehens der Entente hätte dienen sollen, habe er aus rechtlichen und nationalen Gründen ablehnen müssen. Das einzige Mittel zur wirt- schaftlichen Aufrüstung sei, daß eine internationale unparteiische Instanz nicht einzelne Verantwortlichkeiten aburteile, sondern alle Vorgänge und alle Völkerrechtsverletzungen bei allen Kriegführenden feststelle, ein Verfahren, das von den Gegnern abgelehnt werde. Deutschlands abenteuerliche Politik sei, alles für die Schuldfrage in Betracht kommende Material zu sammeln und zu veröffentlichen, um die wirklichen Kriegs- urheber zu entlarven.

Neueste Nachrichten und Telegramme vom 19. Dezember 1921.

Die finanzielle Hilfe für die Beamten.

(Frankfurt/Main). Die „Frankfurter Zeitung“ läßt sich aus Berlin berichten: Im Reichstag fand gestern Abend eine gemeinsame Besprechung der Parteienführer mit dem Reichsfinanzminister, dem Reichswehrminister und dem Reichspostminister statt, in der die Frage einer finan- zierten Hilfe für die Beamten nach vor Weihnachten beraten wurde. Allgemein kam die Meinung zum Ausdruck, daß Vorschläge nicht angebracht seien. Man sei jedoch darüber einig, daß die Anzahlung von Renten auf das Jahrvergehen eine Möglichkeit biete, den Beamten vor den Vereitungen noch zu helfen. Die Fraktionen überließen der Regierung eine entsprechende Entscheidung. Minister Dr. Gerners er- klärte, daß die Regierung ihre Stellungnahme gegenüber den letzten Beschlüssen der Organisationsaufrechterhaltung müsse. Eine Nachprüfung der Beschlüsse werde aber auf höchstem Wege stattfinden; man müsse end- lich aus den Franzosen herauskommen. Die am Montag mit den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen geführten Verhandlungen hätten zum Ziele, etwas Geldendes an- zuschaffen. Zum Schluß erklärte Dr. Gerners, daß eine ra- tenweise Voranzahlung noch vor Weihnachten sofort an- geordnet werden solle. Eine entsprechende Verfügung ist bereits gestern Abend ergangen.

Severing über die politische Lage.

(Lübeck). In einer von mehreren tausend Ver- sonen besuchten Versammlung in Hamburg-Dohlebrück sprach am Sonntag Abend der preussische Minister des Innern Severing über die politische Lage, die er, sich zunächst auf Preußen beziehend, dahin charakterisierte, daß sie durch die Verbreitung der Koalition gekennzeichnet werde. An einem hierbei erfolgenden, auf Stinnes bezüglichen Zwischen- punkt anknüpfend, sagte Severing: Er halte Stinnes auf politischem Gebiete für einen blutigen Dilettanten. Aber diese Einschätzung des Volkstüters hindere ihn gar nicht, anzuerkennen, daß Stinnes auf wirtschaftlichem Gebiete eine Kraft sei, die wir nicht unterschätzen können, und die wir leichtfertig zu beurteilen kein Recht haben. Stinnes ist eine Persönlichkeit mit Initiative und Beharrlichkeit, ein Mann, der genau weiß, was er will, und der versucht, mit allen Mitteln seinen Willen und seine Wünsche durch- zusetzen.

Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen besprach Severing eingehend die Notwendigkeit der Verbreitung der Koalition durch die deutsche Volkspartei, da man nach dem Ausfall der letzten Landtagswahlen keine andere Wahl gehabt habe, als einen Bundesgenossen auf der anderen Seite zu suchen. Die Volkspartei sei keine Stimmzettel- Sätze für nur Männer in ihren Reihen von der wirtschaft- lichen Bedeutung dieses Mannes, denn würde es um unsere Steuern besser. Das sei aber nicht so. In der Volkspartei ständen neben den Großindustriellen Stinnes, Böger und einigen anderen auch Tausende und Abertausende von An- gestellten, Handwerkern, Landwirten und sogar Arbeitern. Man sollte sie nicht dadurch betämpfen, daß man sie be- schämte, sondern daß man sie zur Verantwortung mit heranzöge. Weiter forderte Severing die Erschließung neuer Steuerquellen, aber so, daß die Lasten nur auf traag- fähige Schultern gelegt würden. Die preussischen Finanzen bezähnete er vorläufig als ziemlich gesund. — Schließ- lich unterzog der Minister noch die Reparationsfrage einer eingehenden Erörterung.

Die Ausführungen Severings wurden durch fort- währende Zwischenrufe unterbrochen, und es wurde dem Minister sogar unmöglich gemacht, sein Schlusswort zu sprechen.

Kunst und Wissenschaft.

Gabriele Zapolska gestorben. Die bekannte Schrift- stellerin Gabriele Zapolska ist in Lemberg gestorben. Be- kannt waren in der letzten Zeit ihre beiden Theaterstücke „Die Markauer Witwelle“ und „Die überhäufte Frau“.

Sam Tod von Saint-Saens. Aus Paris kommt die Nachricht, daß in Algier nach der Aufführung seiner Oper „Lohengrin“ der Altmeister der französischen Komponisten Camille Saint-Saens 80-jährig verstorben ist. Saint-Saens hat den Vorzug gehabt, wie man sagt, „in den Seelen zu sterben“, obwohl er gesundheitslich nicht der Stärkste war, hat er doch die Beschwerden des Alters nicht kennen ge- lernt und noch bis in die jüngste Zeit in Konzerten dirigiert. Der am 9. Oktober 1835 zu Paris geborene Komponist war schon früher ein Beherrscher sämtlicher musikalischen Firmen. Verlior, Massenet und Bizet gehörten zu seinen Freunden, das Genie Liszts wirkte auf ihn befruchtend. Auch Saint- Saens gehörte zu den erbittertesten Wagner-Feinden und diese protestierte Feindschaft, die im Kriege gewissermaßen eine Aufhebung feierte, hat für uns an Saint-Saens immer etwas lächerliches gehabt. Aber trotzdem muß man von einer Weltbedeutung Saint-Saens sprechen. Er kam von einer Pariser Konservatorium, d. h. der Schule der Klavir. So kann es nicht verwundern, daß in der Ränklernatur Saint- Saens nichts Umstürzlerisches, Revolutionäres steckte, son- dern daß er alles mit tüchtigem Verstand trieb. Zu seinen Schöpfungen gehört gute Programm- und Kammermusik, die ganze Welt gegangener „Totentanz“, für den Konzert- saal schrieb er nicht weniger als zwei Sinfonien, drei Violinkonzerte, fünf Klavierkonzerte, etliche Symphonien, eine Fülle von Kammermusik und eine Reihe von Opern, von denen besonders „Samson und Dala“ ihm Beifall und Erfolg eintrug. Von dem Modernen wollte Saint- Saens nichts wissen. Dann war er zu alt geworden im Geiste der Klavir. Einen Mann wie Debussy tat er mit einigen getreuen Hosten ab, wie überhaupt Saint-Saens die Feder Marx zu führen wußte. Uns Deutschen ist er durch zwei Besuche persönlich bekannt geworden: einmal vor jetzt 40 Jahren, also 1881, wo die Galerie ihn aus- stift, dann noch einmal kurz vor dem Kriege als Solist in einem Bildharmonischen Konzert. Mit Saint-Saens ist ein großer Deutschentrefreer dahingegangen, aber wir besitzen Objektivität genug, um die wirklichen Verdienste und Leistungen dieses Künstlers trotzdem anzuerkennen.

Wort gegen die Oedenburger Abstammung.
 Wien. Gestern fand eine vom Oedenburger Ornat-
 dienste einberufene, zahlreich besuchte Versammlung statt,
 worin gegen die in Oedenburg durchgeführte Volksabstim-
 mung einmütig scharfer Protest erhoben wurde. Redner aller
 Parteien erklärten, daß die Oedenburger Abstammungstabelle
 für Österreich keine Rechtsgültigkeit haben könne, und be-
 tonnten, daß der Kampf mit allen Kräften weitergeführt
 werde. Eine einstimmig angenommene Entschließung spricht
 feierliche Verwahrung gegen die Oedenburger Abstammungs-
 tabelle aus, welche dem Selbstbestimmungsrechte der Völker
 Vohn spreche.

Kronenschnuggel verhaftet.
 Wien. Im Franz-Josephsbad wurde gestern der
 angebliche Kaufmann Bruno Dirlik aus Preußen, derzeit in
 einem Wiener Hotel wohnhaft, und der Kaufmann Nathan
 Spira verhaftet, die beide als Hauptangeklagte in der
 Kronen in Kaufenschnuggel nach Deutschland zu
 schmuggeln. Das Geld wurde beschlagnahmt. Heute wurde
 in demselben Bahnhof der Reisende Gustav Neißer fest-
 genommen, als er 4 Millionen österreichische Kronen in
 Kaufenschnuggel ins Ausland schmuggeln wollte.

**Frankreich nimmt die amerikanischen
 Vorschläge an.**

Paris. Dasas meldet aus London: Brian empfing
 gestern Abend den Botschafter der Vereinigten Staaten und
 erklärte ihm davon, daß Frankreich die ursprünglich von
 Dumas festgesetzten Verhältniszahlen annehme. Die be-
 züglichsten Zahlen sind daher für die Vereinigten Staaten 5,
 für England 5, Japan 3, Frankreich 1,7 und Italien 1,88.

Was droht mit dem Staatsgerichtshof.

Paris. Der Sonderberichterstatter des Matin, der
 die Überfahrt von Amerika nach Europa mit Marshall Foch
 und Viviani macht, berichtet von einer Unterredung mit den
 beiden, in der Marshall Foch Viviani gefragt habe: Was
 werden wir tun? Wir haben ein schlechtes Friedensinstru-
 ment in der Hand. Es ist schlecht, weil Frankreich nicht
 seine Sicherheit und seine Zahlungen garantiert. Die
 Sicherheitsgarantie war der Rhein. Da war unsere wirk-
 liche Grenze, eine Grenze, die wir mit nichts hätten halten
 können. Ich habe berechnet: Eine Division in Köln, eine in
 Mainz, eine in Koblenz — das sind drei Divisionen — und
 drei weitere Divisionen hinter ihnen — macht sechs Divi-
 sionen — hiermit hätte ich mich stark gemacht, den Rhein zu
 verteidigen. Dann hätten wir abziehen können. Ich habe
 es gesagt; ich habe es wiederholt. Ich bin nicht gehört wor-
 den. Ich habe noch mehr getan. Ich habe es jedem der
 Minister Clemenceaus geschrieben. Barthou hat mir eines
 Tages gesagt: „Sie sind ein aufwieglerischer General“. Ich
 habe gesagt: „Sie sind die Minister werden an dem Tage,
 an dem sie vor dem Staatsgerichtshof stehen, nicht lachen.“

Vermischtes.
 Vater und Kind ums Leben gebracht. Unter dem
 Verdachte, ihren Mann, von dem sie geschieden war, und
 ihre 15jährige Tochter durch Gasvergiftung gewaltsam aus
 dem Leben geschafft zu haben, wurde am Sonntag in Berlin
 die 38 Jahre alte Frau Vera Blah, geschiedene Schreiber,
 geborene Rogan, verhaftet.

Explosionsunglück. Aus Benthin wird gemeldet:
 Nachdem vor einigen Tagen, wie bereits gemeldet, in der
 Pianofabrik Union sich eine folgenschwere Explosions-
 katastrophe ereignet hatte, ist das Werk Sonnabend früh
 erneut von einem ähnlichen Unglück heimgesucht worden.
 In der Abfahrlaufe erfolgte eine Explosion, wobei fünf
 Mann getötet und mehrere schwer verletzt wurden.
 Einzelheiten fehlen noch.

Sturmweber. Ein orkanartiger Sturm richtete am
 Sonntag in Berlin und Umgegend schweren Schaden an.
 Zahlreiche Personen sind verletzt worden. Auch aus dem
 Reich werden Sturmweber gemeldet.

Frauen und Uhren. Pünktlichkeit, die bekanntlich
 die „Zugend der Könige“ sein soll, ist sicherlich keine Tugend
 der Frauen, und wenn die Dame den ihrer Herren wieder
 einmal eine unendlich lange Zeit hat warten lassen, dann
 ist die Ursache schnell bei der Hand: „Meine Uhr geht
 falsch.“ Und merkwürdigerweise ist dieser Entschuldigungs-
 grund — anders als andere Gründe — fast immer richtig.
 Die Uhren der Frauen gehen sehr viel weniger genau als
 die der Männer. Ein Engländer Herbert Duff, der sich mit
 diesem Problem in tiefen Betrachtungen beschäftigt,
 glaubt ihm auf den Grund gekommen zu sein. Er hat be-
 obachtet, daß ein und dieselbe Uhr, wenn sie von seiner Frau
 getragen wird, ganz ungenau die Zeit anzeigt, dagegen,
 wenn er sie trägt, vollkommen richtig geht. „Woher kommt
 es nun“, fragt er, „daß so viele Frauen einen solchen unheil-
 vollen Einfluß auf Uhren haben. Gewiß trägt dazu bei, daß
 die Uhr für sie weniger ein notwendiges Werkzeug des Le-
 bens, als ein reizender Schmuck ist, daß sie viel mehr darauf
 achten, ob sie am Handgelenk elegant aussieht, als ob sie gut
 geht, daß sie leichtsinnig und sorglos mit diesen feingearbei-
 teten Apparaten umgehen. Doch es muß auch noch eine ro-
 mtere Ursache dafür geben. Man hat behauptet, daß die

**Elektrizität, die im menschlichen Körper verweilt, einen
 direkten Einfluß auf den ganzen Mechanismus der Uhr aus-
 übt. Vielleicht mocht nun die besonders kleine Form der
 Damenuhr sie sehr empfindlich gegen elektromagnetische
 Einflüsse, die vom Körper ausgehen können. Wie dem aber
 auch sei, Tatsache ist, daß auch bei Frauen, die die größte
 Sorgfalt auf ihre Uhr verwenden und sie immer wieder
 genau stellen, die Genauigkeit doch viel mehr zu wünschen
 übrig läßt als bei Männern.“**

Sport.
Fußball. Riesaer Sportverein. Abteilung für Jugend-
 spieler: Die 1. Jugendmannschaft war spielfrei. 2. Jug. in
 Riesa gegen Riesaer 1. Jug. 4:1. 3. Jug. in Riesa
 gegen S. V. 1. Jug. 1:1. Die Knabenmannschaften
 spielten der unglücklichen Witterung wegen nicht.
Spielvereinsangelegenheiten. 1. Vf. gegen D. S. 0:0 (ab-
 gebrochen wegen Bodenverhältnissen). Spielf. 2. gegen
 D. S. 1:3. Spielf. 3. gegen D. S. 1:3.

**1 Paar blaue Straffer
 verfloren.** Gen. Belohnung
 abzugeben in Zweib. Sieb-
 geschäft, Meißner Straße 1.

Junger Hund
 schwarz, entlaufen. Gen. Bel.
 abgab. Gröb. Baumweg 3.
 Anständiger Herr sucht
Schlafstelle
 mit od. ohne Kost.
 Offerten unter B O 5114
 an das Tageblatt Riesa.

Geld verleiht
 Schneeweiß, Seebad Wölbed.

Heirat.
 Für Verwandten, in bester
 Lage unbekannt, selbstän-
 dig, mit guter fester Einkun-
 ft und Wohnung, von gutem
 Charakter, suche ich gebildete,
 lebensfrohe Dame, Mitte
 der 20er Jahre. Vorurteils-
 freie Damen werden gebeten,
 gefl. Briefe mit Bild u.
 Angabe der Verhältnisse zu
 richten unter L B 8645 an
 Annonc.-Expedition Rudolf
 Mosse, Leipzig. Bild geht
 zurück. Verschwiegenheit ist
 Ehrensache.

Witwe, 43 Jahre, gesund,
 eigene Wohnung
 schöne vollständige Ausstat-
 tung, wünscht sich wieder
zu verheiraten.
 Offerten unter B N 5113
 an das Tagbl. Riesa erbeten.

Hausmädchen
 17-18 Jahre, in gute Stel-
 lung nach Berlin per 15. 1.
 oder 1. 2. gesucht. Lohn nach
 Tarif. Näh. Fr. Anna Garten-
 schlag, Gröb. Baumweg 11.

Eine Weimagd
 im Alter von 15-18 Jahren
 sucht für Neulahr Reithaus,
 Todenitz bei Staßfurt.

Arbeitsmädchen
 sofort gesucht.
 Riesaer
 Familienkassant.

Lehrling
 oder Verwende per 1. Jan.
 1922 gesucht.
 Baer, Marx & Co.
 Dolagroßhandlung
 Riesa, Wettinerstr. 16.

**2 geb. gutbaltene
 Waschmaschinen,**
 besgl. 1 Herrenfahrrad o. G.
 m. Freil., billig zu verkaufen
 Marktstraße Nr. 1.

2 Kinder-Mantel
 für 11-14jährige, wie neu,
 preiswert zu verkaufen
 Goethestr. 7, 1.

Lange Mil.-Stiefeln
 fast neu, Gr. 29, s. verkaufen.
 Su. erst. im Tagebl. Riesa.

**2 geb. gutbaltene
 Waschmaschinen,**
 besgl. 1 Herrenfahrrad o. G.
 m. Freil., billig zu verkaufen
 Marktstraße Nr. 1.

2 guterb. Knabenmützen
 u. Güte f. 7-9jähr. u. neuen
 schwarzen harten Gut. Gr. 54,
 verkauft Anna, Parkstr. 9.

2 guterb. Knabenmützen
 u. Güte f. 7-9jähr. u. neuen
 schwarzen harten Gut. Gr. 54,
 verkauft Anna, Parkstr. 9.

2 guterb. Knabenmützen
 u. Güte f. 7-9jähr. u. neuen
 schwarzen harten Gut. Gr. 54,
 verkauft Anna, Parkstr. 9.

Gewinnliste

der Warenlotterie des Stammes zum Kreuz Nr. 77
 zu Riesa.
 Gezogen am 18. Dezember 1921 im Gasthof
 „am Kronprinz“ zu Riesa.

Los- Nr.	Gew.- Nr.	Los- Nr.	Gew.- Nr.	Los- Nr.	Gew.- Nr.	Los- Nr.	Gew.- Nr.
251	11	2642	88	4400	88	6451	17
619	19	2984	45	4508	36	6490	44
824	12	3004	25	4889	46	6760	50
1814	18	3083	7	5178	22	7119	80
1885	9	3249	16	5327	20	7552	21
1598	40	3399	32	5493	8	7648	15
1835	43	3400	18	5680	29	7928	47
1884	14	3540	27	5886	2	8014	4
1956	10	3732	26	5700	1	8233	49
2002	6	3821	84	5808	85	8240	87
2124	41	4089	24	5915	8	8256	28
2501	42	4209	31	5946	23		
2572	5	4347	89	6360	48		

Die erste gezogene Losnummer war 7552. Nach dem
 Gewinnplan erhalten somit alle Losnummern mit der
 Einerzahl (Endzahl) 2 einen Gutschein über 5 M.

Die Ausgabe der Gewinne und Gutscheine erfolgt von
 Dienstag, den 20. Dezember, bis mit Freitag, den 23. De-
 zember, von nachmittags 2 Uhr bis abends 7 Uhr im
 Gasthof „am Kronprinz“. Alle bis zum 22. Dezember nicht
 abgeholt Gewinne bzw. Gutscheine verfallen zu Gunsten
 der Vereinstafel.

Alle diesigen Geschäftsinhaber bitten wir, die Gut-
 scheine mit je 5 M. in Zahlung zu nehmen und sie bis
 spätestens Ende Dezember dieses Jahres an unseren
 Vereinstafel-Präsidenten Herrn Stadtkassen-Kontrollant Leubert
 gegen Auszahlung des Wertes abzuliefern.
 Riesa den 19. Dezember 1921.

Stammes zum Kreuz Nr. 77 zu Riesa.

Für die uns anlässlich unserer Silberhochzeit
 in so reichem Maße dargebrachten Glückwünsche
 und Geschenke
 danken hierdurch allen herzlich.
 Neuwieda, im Dezember 1921.
 Eduard Wichmann und Frau.

Der Briefträger kommt
 dieser Tage zu unseren Bestbestellern
 und wird das Bezugsgehalt auf das
 Riesaer Tageblatt für die Monate
 Januar, Februar und März 1922 ein-
 bringen. — Damit in der Zustellung des
 Riesaer Tageblattes ab 1. Jan. 1922
 eine Unterbrechung nicht eintritt, wolle
 man dem Briefträger bei seiner An-
 forderung das Bezugsgehalt sogleich
 einhändigen.

Gelegenheit!
 2 Hochstühle, hell f. Schlaf-
 fast neu, 1 Nachttisch, weiß,
 mit Marmor, neu, 1 Her-
 gardrobe, neu, 1 Blumen-
 schrank, neu, 1 Eichen geb. mit
 Messing, 1 gr. Bild (Lands-
 schaft), alles sehr preiswert
 zu verkaufen ev. auch Teil-
 zahlung. Offerten u. B N 5113
 an das Tagbl. Riesa erbeten.

Schreibmaschinen
 erklaffte, saute Laufend,
 System, Fabriknummer und
 Preis an H. Reichold, Seibitz,
 Dorfstraße 1. Tel. 14208.
 Ein noch guterb. Federstet-
 wagen, 10-15 Rtr. Tragf.,
 billig zu verk. Hauptstr. 19.

**Roggen- und Weizen-
 Breidruß-Stroh**
 faust jeden Vosten
 zu höchstem Tagespreis
 Gustav Starke,
 Friedrich-August-Str. 28.

Metall- u. Gummistempel
 Passpartout - Siegelmarken
 Türschloß - Schablonen
 Verschiedenes
 Gravier-Anstalt Koenig
 gegr. 1897 Riesa Wettinerstr. 3

Ofen
 regulierbar, mit Röhren, ff.
 eis. ausgef. Ofen und 6 m
 Ofenrohr, guterb., billig zu
 verkaufen Goethestr. 83, 1.
 Kleiner eiserner
Füll-Ofen
 billig zu verkaufen. Su. er-
 tragen im Tageblatt Riesa.

Satte Köpfe.

Roman von Maria Werbrandt.

„Und hier kommst Du nicht verzuken,“ begann er zag-
 haft, „in der Landwirtschaft.“
 „Verzuck es einmal bei unserem Vater!“ rief Harry;
 „zum Beispiel mit einem Rat, einem Vorschlag! Unter uns
 gesagt: brauchen Wunte er dergleichen bisweilen sehr. —
 Aber: Willst Du nicht mit das vorläufig noch ein Jahrzehnt
 überlassen?“ ist die einzige Erwiderung, die Du darauf er-
 hältst. Oder Du greiffst selbst einmal ein, wenn Dich Lust und
 Liebe zum Ding just beim Krügen packt: „Man pflegt hier
 meinen Auftrag abzuwarten, mein Lieber!“ Die nachlässig
 überlegene Art des Gutsherrn schien sich Harry, der sonst
 gewöhnlich ein guter Schauspieler war, so eingedrückt zu haben,
 daß er ihn ganz unwillkürlich auf glänzendste kopierte, sobald
 er ein Wort von ihm wiedergab. Hier heißt es eben: stillhalten
 und nicht mühen, die Hände in die Taschen stecken und
 sich dann vorwerfen lassen, daß man sie nicht rührt.“
 „Wo seufzte.“ „Wiso, wenn Du ein kleines Taschengeld —
 hab er nach einer Weile erlösend an. Eine unwillige Hand-
 bewegung Harrys unterbrach ihn.
 „Nehde doch nicht davon!“ sprach dieser, sich wieder zur
 Wartenlie wendend. „Es steht hier anders, als Du denkst.
 Diese Verschwendung nach der einen und diese Sparbarkeit
 nach der anderen Seite hin, die hier immer an der Tages-
 ordnung war, hängt schon an, ihre Früchte zu tragen. Auf der
 Reife hast Du natürlich noch nichts davon gemerkt. Denn Du
 warst doch wieder stieflich vorgezogen, während Deinem Be-
 gleiter ein jämmerliches Gehalt geboten wurde, woraus nur
 ein armer Teil von Privatlehrer hineinfallen konnte.“
 „Nun, das hat sich als angelegentlich,“ sagte Udo mit et-
 nem frohen Lächeln. „Auf der Reife, so weit von Papa ent-
 fernt, war nicht meine oft von Dir konstatierte Freiheit, die
 übrigens vielleicht nicht ganz so groß ist, wie Du denkst, nicht
 im Wege. Aber Du wolltest arbeiten, fuhr er ernst fort,
 „daß es mit unferen penulären Verhältnissen nicht so steht,
 wie es sollte? Ich frage nur, weil Du es mit Pappas Spar-
 samkeit in gewisser Hinsicht in Zusammenhang zu bringen
 schienst. Es weißt Du es doch noch nicht sein?“

„Nicht nicht.“ sprach Harry ironisch. „Nicht ist diese Ver-
 schränkung anderer mehr ein lebenswichtiger Sport Deines
 Vaters.“

„Ich bitte Dich, Harry!“ unterbrach ihn Udo, sich un-
 willig aufrichtend.

„Aber die Tugend kann zur Notwendigkeit werden,“ fuhr
 Harry fort. „Ich sprach schon oft mit Baumann, unferem
 ehemaligen — ja, ja, leider ehemaligen Verwalter darüber.
 Wenn der es sagt, kann man schon darauf gehen. Die es
 möglich sei, ein so großes Vermögen zu Grunde zu richten,
 fragst Du Dich? Ja — Wein, Weid und Kartenspiel, sich
 mal, dem Dreihund hat noch kein Kapital widerstanden.“

Er lachte brüht auf, miewohl in ehrlichem Schmerz.
 „Udo war emporgelahren und stand jetzt kerkengerade, stark
 und stolz in jeder Muskel am Fenster. „Genug, genug,“ sagte
 er kühl, fast in dem Ton seines Vaters, „brechen wir ab!“

Harry war über die Schulter einen verdächtigen Blick
 auf ihn, in dem doch etwas wie Schuldbewußtsein lag.

„Die alte Geschichte!“ murmelte er, auf die Veranda hinaus-
 tretend. „Ich häu's längst wissen können. Art läßt nicht
 von Art!“

Udo war regungslos stehen geblieben. Seine Brust hob
 und senkte sich stürmisch, seine Augen, die stürmisch schmal ge-
 worden, starrten lange und brennend in das Grün der Baum-
 kronen draußen. „Du erlangst hinter ihm ein leichter, talcher
 Schritt, der plötzlich stockte, ein halbunterdrückter Schrei.“

Er wandte sich um, noch mit zusammengezogenen Brauen
 und prüfendem Blick. Dann aber ging eine Ver-
 änderung in seinen Zügen vor: es leuchtete wie beginnender Sonnen-
 schein darin auf. Ein junges Mädchen in frischem, reizenden
 Reitanzeig, das auch und Sommerkleid seiner Mutter trug,
 war aus dem Garten eingetreten und stand nun verwirrt, er-
 stobend und sichtlich unentschlossen mitten im Zimmer.
 „Die Agnes!“ sagte er mit einem frohen Lächeln und ging
 auf sie zu, um ihre beide Hände entgegenzustrecken. „ay Gott,
 die Agnes!“
 Sie ergrifferte. Er achtete, sie zu einem Sessel geleitend,
 nicht darauf. „Wiso Du bist noch hier!“ sagte er, indem er sie
 darin niederdrückte. „Denn Dein Vater, wenn ich Harry vor-“

hin recht verstand —“ Er seufzte. „Ach Agnes, man steht
 nie etwas wieder, wie man es verlassen. Aber wer trägt die
 Schuld? Warum macht man sich Mühen? Warum lernt
 man nicht endlich mit dem Leben rechnen, wie es ist?“

Er hatte sich ihr gegenübergelehrt. „Freilich Du übertriffst
 alles, was ich meine Phantasie von Dir ausgemalt hatte,“
 fuhr er fort, den prüfenden Blick auf die mehr und mehr ver-
 wirrte, ratlose Agnes geheftet. „Wadden, was bist Du
 schon geworden! Und so frisch! Was waren wir Jungen des-
 einst für Bäume, daß wir Dich damit ausziehen wollten, Du
 wärdest nie häßlich werden.“

„Ach, Herr von Bessenheim,“ brachte sie endlich mühsam
 hervor, „Udo —“ ihre Stimme verlagte.

Seine Stirn hatte sich bewölkt, er drückte die Lider ein;
 dann hob er sie bald, ohne sie anzusehen. „Es ist Ihnen aus
 ergangen?“ fragte er in liebendwürdigen Töne, obwohl eine
 Note der Beschämung allmählich in seine Wangen stieg. „Sie
 sind hier — als Gesellschafterin meiner Mama? Und Ihr Va-
 ter ist nicht mehr bei uns? Wie kam das?“

Sie schweig und blinzte seitwärts zu Boden. — Seine An-
 gen schweiften von ihr ab in die Ferne.
 „Wo sind die Brüder?“ fragte er.
 „Oskar beim Militär; Georg hat die Wertmeisterstelle an
 der Mühle hier.“

„Ach, das freut mich!“ sprach Udo ansetzend; er lächelte
 wieder. „Weißt Du — wissen Sie, Agnes, daß mit Euch mit
 meine ganze Kinderzeit aufsteigt? Unzufrieden und anspruchs-
 voll, wie ich vielleicht bin — man sagt mir's ja so oft —
 fragte ich mich in diesen Tagen unwillig: worin besteht eigen-
 lich der Reiz der Heimat, nach der man sich in der Ferne
 sehnt? Ach, lassen wir das! Nun fühle ich's ja: die Heimat
 sind die lieben Menschen, welche unsere Jugendjahre mit
 uns teilten, die mit unseren schönsten Erinnerungen verflochten
 sind! Das ist es, was sehr originell gesagt,“ lachte er, „aber
 wirklich, — ach, sie es ganz auf eigene Hand. Nicht wahr,
 Agnes, wie in der Spielmaneraden, die durch Dich und Dumm
 für eine —“

Ihre dunklen Augen glänzten auf; aber dann ging ihr
 Blick fast unmerklich über ihn hin. „Das ist nun vorbei,“ sagte
 sie leise.

Zentral-Lichtspiel-Theater Gröba.

Heute letzter Tag! „Die Geliebte Rowwelekya“, Dienstag bis Donnerstag das neuschichtliche Monumental-Sensations-Drama

„Das Floss der Toten“.

Der erste Abenteuerfilm zur See in 8 Akten von Karl Hagdor. In den Hauptrollen Gabe Riften, Otto Gebähr.

Voranzeige: Ab Freitag das große Weihnachtsprogramm „Die Bettlerin von Stambul“. Das größte u. schönste Filmwerk des Jahres. Vorführungen ab 7 Uhr. Einlaß 6^h, 11^h. Um gütigen Zuspruch bittet die Bettlerin Anna Sach.

Hauptstraße Kammer-Lichtspiele Hauptstraße

Nur noch heute: „Mit Wäsche und Laffo“ 3. Teil, sowie „Domben Carpenter“ die einzige Original-Aufnahme. Trotz des großen Erfolges Verlängerung unmöglich.

Nur 3 Tage! Ab morgen bis Donnerstag

Aphrodite,

das Problem der Liebe.

In lebensgründenden Bildern, deren unwiderstehlicher Reiz durch die bezaubernden schönen Landschaften der dalmatischen Küste am blauen Mittelmeer noch erhöht wird, sieht dieses Filmwerk, das an feilscher Tiefe und an prächtiger Ausstattung seinesgleichen sucht, an uns vorüber. Aphrodite, die herrliche, siegreiche Schönheit, pflegt fast die Schranken zu überschreiten, welche Ueberlieferung, Herkommen und Sitte zwischen den Menschen nach ihrer Geburt und ihrem Vermögen errichteten. Niemand sollte versäumen, sich dieses prächtige Kunstwerk anzusehen.

Prachtvolle Originalaufnahmen der Küste des Mittelmeeres.

Dazu ein erstklassiges Beiprogramm.
Künstlerkonzert!

— Gut geheizter Saal. — Künstlerkonzert!
Kasse geöffnet ab 7 Uhr.
Um gütigen Zuspruch bittet der Besitzer.

Bekanntmachung.

Mit Genehmigung des Stadtrates Riessa sind die Preise für elektrischen Strom aus unserem Leitungsnetz ab 1. Dezember ds. Js. neu festgesetzt worden und betragen:

W. 5.20 für 1 Kilowattstunde Lichtstrom
W. 4.20 für 1 Kilowattstunde Kraftstrom.

Riessa, den 19. Dezember 1921.
Elektrizitätswerk Riessa.

Verzierungsmaschinen
als praktische Weihnachtsbeschenk empf. billig
B. Laubitz, Wöllkerstr. 292.

Vereinsnachrichten

Riesaer Sportverein e. V. Dienstag 7.30 Uhr Spiel, auswärts, 8 Uhr Vorstandssitzung. Donnerstag 11.00 Uhr Spiel, abend der Vorabteilung (Terrastraße nicht Mittwoch). Freitag Spielerversammlung 8 Uhr Barth.

Spielvereinigung. Morgen Dienstag 7.30 Uhr Spiel, auswärts, und Vorstandssitzung, Mittwoch Jugend, Freitag Spielerversammlung, alles „Gute Quelle“.

Sonnabend 4 Uhr Knabenversammlung.

Verein der Gemeindebeamten zu Riessa - Ortsgruppe der Gewerkschaft f. d. Gemeindebeamten, Sitzung am Dienstag, 20. Dezember 1921, abends 7.30 Uhr in der Schankwirtschaft Terrastraße zu Riessa. Wicht. Tagesordn.

1. Mandolinisten- und Gitarrenvereinigung Riessa-Gröba. Weihnachtsfeier am 21. Dezember 8 Uhr in der Wartburg. Angehörige der Mus. sowie Freunde und Gönner der Vereinigung herzlich willkommen.

Alte gute Geige
verkauft Jettstein, Albrechtstr. 14.

Morgen Dienstag früh
ff. Schellfisch
ff. Seelachs
ff. Goldbarsch
ff. Rotzungen.
Clemens Bürger.

Sofas, Chaiselongues
Spienel, Vertikal
Kommoden, Tische

Stühlen-Einrichtungen

Volkergarnitur
Schreibtisch
Büfettis, Küchenstühle
ein Dreifüßler
u. a. m.
billig zu verkaufen.
Oskar Wesse, Riessa
Bruchgasse 4.

Dresdner Tanzlehrerin

Kommt wöchentlich einmal nach Riessa und lehrt in Vereinen, Klubs und Privat die modernen Tänze. Aufschriften erbeten an
A. Meißner, Dresden, Silberstr. 18.

Anzüge

für Knaben, Burschen und Herren besonders preiswert

Strick-Jackets für Damen

prima reine Wolle, 420-500 M.

Paul Jobst, Nünchritz.

In Geschenkzwecken:
Schokoladen — Tabate Zigarren
Fabriklager Dampfbad.
Kistenweise zu Extrapreisen

Wachtung! Konkurrenzlos!

Sie erhalten
für 1 Kilogramm wolleene Stricklumpen
1 Viertel gutes Stridgarn oder 2 Rollen Maschinenzwirn.
L. Fichtners Schnit- und Wollwarengeschäft
Goethestraße 22 — Inh.: Vertha Kunze.

Achtung.

Die letzten beiden Tage, Dienstag und Mittwoch, kaufen wir zu höchsten Tagespreisen
Kumpen, Knochen, Eisen, Papier
im Hotel Kronprinz.

In einer Stunde vertilgen Sie unter Garantie Kopf, Hals- und Rückenläuse
1. Brut (Nisse), Wanzen, Flöhe bei Menschen und Tieren.
„Kampolida“ hat gleichmittel. Wunden unschädlich. Nicht-erfolg Geld zurück. Nur echt in Pack. Ausreich. f. 3 Pers. von der Ungesundheits-Vertilgungsanstalt Leipzig. Obiges Mittel empf. Friseur Alfred Böhlig.

Die glückliche Geburt eines
gesunden Töchterchens
zeigen in dankbarer Freude an
Fritz Brüggemann u. Frau Olga geb. Scher.
B. St. Berlin S. 59. Wöchnerinnen-Helm, am 11. Jan.

Für Ball- u. Brautkleider empfehle
Eolienne und Voile
Messaline und Wäscheide
Tüll- und Voile-Roben
Ball-Shawls u. Handschuhe
zu niedrigen Preisen.
Emil Förster
Fa. Max Barthel Nachfolger.

Zithern, Gitarren
und Mandolinen
werden schnellstens repariert
und gestimmt
Großenbainer Str. 25, 2.

Fürs Weihnachtsfest!
Zigarren
Zigaretten, Schag-
Haud- u. Kautabak
in allen Preislagen,
Präsent-Packungen
empfiehlt
Paul Kranke
Münchstr. und
Großenbainer Str.

Die Einäscherung unseres teuern Entschlafenen
Herrn Richard Walter, Dresden
erfolgt Dienstag nachmittag 3 Uhr im Tolkewitzer Krematorium.
Freundlichst zugedachte Blumenspenden erbiten erst von Donnerstag ab nach hier, Bismarckstraße 35 B, da die Urne im Riessaer Erbbegräbnis beigesetzt wird.
Beileidsbesuche werden herzlich dankend abgelehnt.
Familie Alfred Heyn.

M.-B. „Jäger und Schützen“.

Dienstag, 27. Dezember, nachmittags 1/5 Uhr
Weihnachtsfeier mit Christbescherung für die Kinder
— im „Wettiner Hof“ —
Karten für die Gäste sind von Donnerstag ab bei den Kameraden Kehler und Förster zu entnehmen. In der Lotterie werden freiwillige Gaben dankend angenommen. Kinder, welche noch nicht angemeldet sind, bitten wir bei Kamerad Förster anzumelden. Der Vorstand.

Einige großen Posten
Zwiebeln
sowie
rote Speisemöhren
empfiehlt billigst nur zeitweise
H. Gruhle, Bismarckstr. 35a. Telefon 652.

Zum Weihnachtsfeste

empfehle noch preiswert

Prima Rosinen	Wb. 17 M.	Fette Kase in allen Preisen
Bittere Mandeln	35 "	Schinken, Würstwaren, Käse
Säße	50 "	Selbstgebackene Früchte
Mandel-Erbsen	24 "	Rotkraut, Sellerie
Korinthen	18 "	Die. Kefel, Apfelsinen
Sultanein	38 "	Backstaumen
Konfekt, Eier 3 Stück 6 M.		Feinhe Tafelmarg. Wb. 23.-
Frische Eier und Landbutter		Schmalz zu Tagespreisen.

Bestellungen auf prima fette Gänse im ganzen sowie geteilt nehme entgegen.

Dr. Koch, Hauptstr. 19.

Bestellungen auf das täglich erscheinende „Riesaer Tageblatt“ nimmt jederzeit entgegen Frau Annale verw. Niebel, Gröba, Alleestraße 2.

Gröba.

Billig. **Margarine** Billig.
die besten Marken, die es gibt
voller Ersatz für gute Butter
empfiehlt im einzelnen und zeitweise zu den herabgesetzten billigen Fabrikpreisen
H. Gruhle, Produkten-Großhdlg., Bismarckstr. 35a
Telefon 652.

Riesaer
Aloster-Tropfen
Heiliger Elixir
aus heilkräftigen Gebirgskräutern
destilliert.
Appetitanzregend.
Verdauungsbeherbernd.
Nur echt in Originalfüllung. Alleiniger Hersteller:
Paul Starke, Albertplatz.
Zu haben in den meisten Kolonialwarengeschäften.

Empfehle

zu billigsten Tagespreisen:
H. Karrefeld,
Klein. Geschenk-Kollkolliken
Schweinefleisch, ff. Tafel-
butter, Margarine preiswert
fond. Milch in 2 Wb. Dosen,
Dose nur 20 M., rein. Streu
in 2 Wb. Dosen, Aufreicherung,
alle Sorten Obst, Sargel-
u. Gemüsekonzerven, Kofos,
Wal-, Gafel- und Erdbeere,
Wunderkeren, Weihnachts-
äpfel, Äpfel, Zitronen,
Kaisers, Celsardinen, versch.
Marinaden in Geschenk-Dol-
ner, Schellfische, Kase,
Seringe, Zwitonen, bis Käse,
harte Salami-Wurst.

Paul Schantschik
Wettinerstr. 50b. Café Central

Neu eingetroffen!

Blau Trikotbekleidung
in allen Größen.
Normalhemden u. -Hosen,
Bardentwische,
arbeitsleicht u. ungelb. Wasch-
bunte Hemdenbarchent,
bunte Bettwäsche,
Damen- und Kinderstrümpfen
in großer Auswahl
empfiehlt zu bekannt
billigsten Preisen

M. Schwarz, str. 74.

Schokolade

für Wieder-
verkäufer
empfiehlt billig

H. Gruhle
Bismarckstr. 35a.
Telefon 652.

Morgen früh
Seefische
frisch eintreffend.
Ernst Schärer Nachf.
Dienstag früh
ff. Schellfisch
Carl Jäger, Gröba.

Wünsch's
M Marionetten-Theater
Riessa, Hotel Kronprinz
Dienstag, den 20. Dezember.
Große Extra-Vorstellung.
**Der Rattenfänger
von Hameln.**
Fantastisches Volksstück mit
Musik u. Gesang in 6 Akten.
Der 4. Akt „Die Vertreibung
der Ratten und Mäuse aus
Hameln“ wird im Theater
mundi dargestellt, sowie der
6. Akt „Der Auszug d. Kinder“.
Anfang 8 Uhr.
Berno Wunsch.
NB. Von Mittwoch an bleibt
das Theater bis zu den
Feiertagen geschlossen. Don-
nerstag u. Freitag Vorverkauf
Die heutige Nr. umfasst
6 Seiten.

Der Steuerabzug in seiner endgültigen Form.

(Schluß vom 1. Januar 1922).

Am 1. Januar 1922 tritt das Gesetz über die Einkommensteuer vom 1. Juli 1921 in Kraft und mit ihm die Durchführungsbestimmungen vom 8. Dezember 1921. Die bisher erlassenen Bestimmungen und Einzelverfügungen, die mit diesen nicht übereinstimmen, verlieren damit ihre Gültigkeit. Es ist daher für jeden Lohn- und Gehaltsempfänger (Angestellte, Beamten, Arbeiter) wie für jeden Arbeitgeber gleichmäßig von Interesse, sich über die endgültige Regelung des Steuerabzuges zusammenfassend zu unterrichten.

I.

Wer wird vom Steuerabzug betroffen?

Dem Steuerabzug sind sämtliche in privatem oder öffentlichem Dienst beschäftigte oder angestellte Personen in Bezug auf alle Einkünfte, die sie aus dieser Beschäftigung oder Abhaltung beziehen, unterworfen. Es ist gleichgültig, ob die Einkünfte aus Geld oder aus Natural- oder aus Sachleistungen wie freier Wohnung, freier Verpflegung, freier Kleidung, Depots usw., deren Geldwert von den Lohnempfängern oder Finanzämtern festgesetzt ist, bestehen, und es spielt keine Rolle, ob sich der „Arbeitslohn“ aus Gehältern, Pensionen, Honoraren, Quittungen oder ähnlichen Bezügen zusammensetzt. Auch die Vergütungen für Überstunden, Überstunden, Sonntagsarbeit, Nebenbeschäftigung usw., unterliegen dem Steuerabzug.

Dagegen werden vom Steuerabzug nicht betroffen die öffentlichen Beamten gewöhnlichen Dienstverhältnisses, ebenso nicht die Kaufmannslehrlinge an Arbeitern und private Gehaltsempfänger, soweit ihr Betrag den erforderlichen Aufwand nicht übersteigt. Ferner nicht die Besoldungs- und anderen Zulagen und Versorgungsbezüge ehemaliger Soldaten und ihrer Hinterbliebenen; und endlich nicht die Bezüge aus einer Krankenversicherung, sowie öffentliche Unterhaltungen, die wegen Hilfsbedürftigkeit gewährt werden.

Wie wird der Steuerabzug berechnet?

Bei allen Arbeitelöhnen wird ohne Rücksicht auf deren Höhe ein einheitlicher Betrag von 10 v. H. einbehalten. Dieser Betrag ermäßigt sich um folgende Sätze:

Bei Stundenlohn für je 2 angefangene Stunden	Bei Tageslohn	Bei Wochenlohn	Bei Monatslohn	Bei Jahresgehalt
Alle den Arbeitnehmer selber und für seine Ehefrau je 0,10	0,40	2,40	10,00	120,00
für jedes minderjährige Kind und für den Arbeitnehmer selber als Werbungskosten je 0,10	0,60	3,60	15,00	180,00

Die zur Handhaltung zählende Ehefrau und minderjährige Kinder — diese allerdings nur im Alter von nicht mehr als 17 Jahren — werden bei dem Haushaltsvorstand auf dem Haushalt, wenn sie selber Arbeitslohn beziehen und daher ihrerseits ebenfalls Anspruch auf Ermäßigung haben. Auf die mittellose Angehörigen wird im weiteren Verlauf dieser Darstellung noch eingegangen werden. Bei Akkordarbeit oder Entlohnung nach der fertiggestellten Arbeit kann anstelle der obgenannten Ermäßigungen eine feste Ermäßigung um 4 v. H. des Arbeitslohnes treten, so daß in diesem Falle der Steuerabzug nicht 10, sondern 6 v. H. beträgt. Sind Akkord- und Zeitlöhne miteinander vereinigt, so werden die Ermäßigungen nur bei Zeitlohn angewandt, während vom Akkordlohn volle 10 Prozent abgezogen werden. Auch bei Nebenbesoldungen des Arbeitnehmers wie Quittungen oder ähnlichen einmaligen Einnahmen wird der volle Steuerabzug ohne Ermäßigungen vorgenommen. Der nach Berücksichtigung der Ermäßigungen einzubehaltende Betrag ist auf 10 Pfg. nach unten abzurunden.

II.

Die Steuerbücher, ihre Ausfertigung und Berücksichtigung.

Jeder Arbeitnehmer ist verpflichtet, sich von seiner Gemeindebehörde vor Beginn eines jeden Kalenderjahres oder vor Beginn eines Dienstverhältnisses ein Steuerbuch ausstellen zu lassen. Die Gemeindebehörde hat für sämtliche zuerst der Personenstandsaufnahme — in diesem Jahre am 31. Oktober — in ihrem Bezirke sich aufhaltenden Arbeitnehmer die Steuerbücher auszufertigen, ohne Rücksicht darauf, ob diese in einem Arbeitsverhältnis stehen oder nicht. Auf der Vorderseite des Steuerbuchs werden die erforderlichen Angaben über die Person des Arbeitnehmers sowie die Steuerermäßigungen verzeichnet. Die Ausstellung der Steuerbücher kann nach Wahl der Gemeindebehörde durch deren Außenstellenpersonal oder durch die Post oder auf Antrag der Arbeitgeber hin durch deren Vermittlung erfolgen. Andernfalls müssen die Steuerpflichtigen die Bücher auf Grund einer öffentlichen Bekanntmachung abholen. Die Ausstellung der Steuerbücher geschieht unentgeltlich. Verloren gegangene oder unbrauchbar gewordene Bücher können gegen eine geringe Gebühr ersetzt werden. Hat ein Arbeitnehmer bis zum 31. Januar 1922 noch kein Steuerbuch erhalten, so hat der Arbeitgeber beim Steuerabzug die Ermäßigungen vorläufig nach glaubhaften Angaben des Arbeitnehmers vorzunehmen.

Demnach der Steuerpflichtige unrichtige Eintragungen in das Steuerbuch, vor allem bezüglich der Jahresgesamtermäßigung, so tut er gut, sofort bei der Gemeindebehörde, die das Buch ausgestellt hat, einen Antrag auf Berichtigung zu stellen. Die Berichtigung wird dann bei der nächsten Lohnzahlung, bei der das berichtigte Buch vorgelegt wird, berücksichtigt. Etwas anderes ist es, wenn es etwa seit dem 31. Oktober der Familienkassendirektor oder Verwalter hat. Hier ist eine Berichtigung erst für das Jahr 1922 möglich, es sei denn, daß wenigstens zwei neue Personen, auf welche die Steuerermäßigung Anwendung findet, hinzutreten sind, und der Antrag auf Berücksichtigung im 1. Kalendervierteljahr gestellt wird.

Wahrt der Steuerpflichtige Anspruch auf die in letzter Höhe für minderjährige Kinder vorgesehene Ermäßigung für mittellose Angehörige zu haben, die von ihm unterhalten werden — daß sie zu seinem Haushalt gehören, ist nicht erforderlich — so muß er spätestens vor Beginn des Jahres 1922, spätestens jedoch bis zum 31. März 1922 für das Kalenderjahr bei seinem

Die Antwort der Reparationskommission.

mitd. Berlin, 17. Dezember.

Der Deutschen Regierung ist in Verantwortung der Note vom 14. d. Mts. folgende Mitteilung der Reparationskommission zugegangen:

Die Reparationskommission hat die Note des Reichskanzlers vom 14. d. Mts. empfangen, in welcher er bekannt gibt, daß die Deutsche Regierung nicht in der Lage ist, die Noten der Jahresleistung vollständig zu zahlen, welche nach dem Zahlungsplan am nächsten 15. Januar und 15. Februar fällig werden und in welcher er die Reparationskommission bittet, sich mit der Stundung eines Teiles dieser Fälligkeiten einverstanden zu erklären.

Die Reparationskommission kann nur ihr Erstaunen darüber ausdrücken, daß sie in der Note des Reichskanzlers weder eine nähere Angabe über die Zusatzenbeträge findet, welche die Deutsche Regierung an jedem der Fälligkeitstage vom 15. Januar und 15. Februar nächsten Jahres zu liefern bereit sein würde, noch eine Erklärung darüber, welche Stundungsfrist erbeten wird, um den Restbetrag zu zahlen, noch das Angebot von Garantien für die Zwischenzeit. Solange die Reparationskommission diese näheren Mitteilungen nicht erhalten hat, ist es ihr unmöglich, die Bitte der Deutschen Regierung in Betracht zu ziehen oder zu prüfen.

Die Reparationskommission stellt mit Bedauern fest, daß die Note des Reichskanzlers keine Angabe über die Maßnahmen enthält, die er angewendet hat oder die er anzuwenden beabsichtigt, um den Wünschen der Reparationskommission in ihrer mündlichen Erklärung vom 13. November und in ihrer Note vom 2. Dezember 1921, auf welche die Kommission noch einmal ausdrücklich verweist, zu entsprechen.

Tudis. John Bradburg.

Rathenau wird die Besprechungen fortsetzen.

Der „Montagspost“ zufolge sind die von Rathenau und Rathenau in London eingeleiteten Verhandlungen nicht etwa abgebrochen, oder ganz abgebrochen, vielmehr wird in allerhöchster Zeit Rathenau zu weiteren Besprechungen nach London fahren.

Finanzamt einen Antrag auf Ergänzung der von der Gemeindeförderung auf dem Steuerbuch festgesetzte Jahresgesamtermäßigung einbringen. Wird der Antrag nach dem 1. Januar 1922 gestellt, so erfolgt die Berücksichtigung erst von der Lohnzahlung ab, bei der das ergänzte Steuerbuch vorgelegt wird. Die gleichen Bestimmungen gelten für den Fall, daß ein Steuerpflichtiger nachträglich kann, daß seine jährlichen Werbungskosten den Betrag von 1800 Mark um weniger als 150 Mark übersteigen.

Auf die praktische Vornahme des Steuerabzuges wird in einem nachfolgenden Artikel eingegangen werden.

Der französische Vorkoch in Washington.

Die französischen Forderungen stellen die Konferenz vor ein Dilemma des Wählens oder einer schweren moralischen Niederlage. Frankreich stellt das Problem so dar, daß, falls sein Diktum nicht erfüllt werde, alle bereits getroffenen Verhandlungen wegfallen. Einer der Konferenzteilnehmer erklärte, daß die Franzosen in einer letzten Ausdrucksform gezwungen waren, die Größe ihrer Forderungen aufzugeben. Ihre Motive, die noch nicht mitgeteilt werden können, sehen alle Kommissionsmitglieder in Einklang, zumal diese Gründe sehr leicht erwidert werden können, wenn alle Kommissionsmitglieder die Sitzung vom Sonnabend wurde geschlossen, ohne daß eine Entscheidung getroffen worden wäre. Sarraut hat die französischen Forderungen nicht herabgesetzt, aber ausführlich verteidigt.

Gegenüber den französischen Forderungen machte Staatssekretär Hughes den Gegenvorschlag, das Flottenverhältnis, wenn dieses für England, Amerika und Japan 5 : 3 : 3 beträgt, für Frankreich und Italien mit je 1,75 festzusetzen. Der Führer der französischen Delegation, Sarraut, hat diesen Vorschlag Briand übermitteln und erwartet neue Instruktionen. Der Sarraut bemühte sich bereits, die durch die französischen Forderungen hervorgerufene Erregung zu dämpfen, indem er erklärte, nichts liege den Franzosen ferner als der Gedanke, die Konferenz zu sprengen. Es hätte nur eine Verhandlungsbasis vorschlagen wollen. Ich zweifle nicht daran, schloß Sarraut, daß die Frage des französischen Flottenanteils schließlich eine befriedigende Lösung finden wird. Wie die „Chicago Tribune“ mitteilen zu können glaubt, denkt man in amerikanischen Kreisen bei den französischen Forderungen an ein Einflüsterungskommando, um die Zahl der U-Boote höher heraufzusetzen zu können, als die vorgezeichneten Zahlenverhältnisse es zulassen.

Rückgabe der Schantungbahn an China.

Die japanischen und chinesischen Delegierten haben sich auf einen Entwurf eines Abkommens für die Rückgabe der Schantung-Hauptbahn geeinigt. Die Bahn soll an China innerhalb 9 Monaten zurückgegeben werden.

Der internationale Sozialistenkongress in Frankfurt a. M.

Gestern nachmittags fand in der Festhalle in Frankfurt a. M. eine Versammlung der U. S. V. D. statt, in der Gripien, Languet-Frankreich, Waack-Frankreich, Ortman-Schweden, Wallhead-England, Adler-Österreich und Bedebour das Wort ergriffen. Alle Redner wandten sich gegen die Reparationspolitik der Entente, die nur durch die Einigkeit des Proletariats aller Länder überwunden werden könne.

Die besetzten Gebiete appellieren an Harding.

Aus Köln wird gemeldet: Der Wirtschaftsausschuss und der Gewerkschaftsausschuss des besetzten Gebietes haben sich in einer gemeinsamen dringlichen Kundgebung an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika mit der Bitte gewandt, die Konferenz nicht zu beenden, ohne der unter der Befehlung stehenden Bevölkerung des besetzten Gebietes zu helfen und der Konferenz einen Abstützungsvorschlag für die besetzten Gebiete vorzulegen.

Demonstration der Blinden.

Der Verein blinder Industriearbeiter, der die Gesamtheit der Blinden vertritt, veranstaltete am

Die neue Konferenz in London.

Ministerpräsident Briand ist gestern in Begleitung des Ministers Rouher, des Generalsekretärs im Ministerium des Äußeren Berthelot, des französischen Botschafters in London St. Austre und Finanzfachverständiger nach London abgereist, wo er gestern abend eintraf.

Der Londoner Korrespondent des „Times“ berichtet zu den bevorstehenden englisch-französischen Besprechungen, in erster Linie werde man die Reparationsfrage betreffen. Man sehe die Möglichkeit eines englisch-deutschen Abkommens nach Art des Wiesbadener Abkommens vor, wonach Deutschland England gewisse für England nötige Produkte liefern und an der wirtschaftlichen Wiederherstellung Englands mitarbeiten würde. Zweitens soll England die französischen Schulden annullieren und dafür deutsche Reparationsbonds der Serie C erhalten, die es alsdann veräußern wird. Drittens soll England Frankreich die Restituzierung des Schuttportraites vom 28. 6. 1919 anbieten und die Entente in eine Allianz umwandeln. Viertens sollen allgemeine Probleme Europas besprochen werden. Die englische Regierung wird deshalb zu Beginn des kommenden Jahres eine Konferenz vorschlagen, an der auch Rußland und die ehemals feindlichen Länder teilnehmen sollen.

Die Frage der Kabinetterweiterung.

Zu der Frage einer etwaigen Kabinetterweiterung verlaute in parlamentarischen Kreisen, wie der „Lokalanzeiger“ meldet, daß sich die deutsche Volkspartei mit einer Kabinetterweiterung durch die bloße Befehlung der noch offenen Parteiführer nicht einverstanden erklärt, vielmehr voraussichtlich eine vollständige Neubildung des Kabinetts fordern werde. Da für diese Regierungsbildung lediglich außenpolitische Gesichtspunkte in Frage kommen, werden alle parteipolitischen Erwägungen zurücktreten und ein Kabinett auf breiterer Basis gebildet werden, durch das geeignete Verhandlungsführer gewonnen werden.

Sonntag in Berlin einen Demonstrationsszug von 300 Teilnehmern zu der Reichskassette, wo eine Deputation von Geheimrat Kemmer empfangen wurde. Dieser nahm, wie der „Lokalanzeiger“ meldet, die in einer Denkschrift niedergelegten Forderungen der Blinden entgegen und versprach, sie dem Reichskanzler vorzutragen. Die Blinden verlangen die Ausbehnung des Einkommenssteuergesetzes auf alle arbeitsfähigen Blinden und die Ausbehnung aller den Arbeitsfähigen gewährten Fürsorgeveranlassungen auch auf die Hilflosen. Die Demonstrationen wurden dann von Schulbesuchern in geschlossener Zug außerhalb der Bannmeile geleitet.

Ghrengedenkfester für die Abignangefangenen.

Der Reichsverein ehemaliger Kriegsgefangener veranstaltete gestern im Circus Busch in Berlin eine Ghrengedenkfester für die 53 Kriegsgefangenen in Aytan. Der erste Bundesvorsitzende gelebte im Namen von 450 000 Bundesmitgliedern, nicht eher zu ruhen, bis auch der letzte Gefangene wieder in Deutschland sei. Reichstagspräsident Loh erklärte, wir wollen nicht auflagen, nicht beschuldigen, aber wir verlangen von unseren ehemaligen Feinden, daß den deutschen Kindern ihre Väter zurückgegeben werden.

Die Abstimmung in Odenburg.

Wie das Ungarische Telegraphen-Korrespondenz-Büro mitteilt, ist das durch die Entente-Kommission festgesetzte Ergebnis der Odenburger Abstimmung folgendes: für Ungarn 15343, für Österreich 8227 Stimmen. In der Stadt Odenburg und dem umliegenden Weinberg seien allein 7990 Stimmen für Ungarn abgegeben worden.

Deutscher Reichstag.

mitd. Berlin, 17. Dezember.

Das Gesetz betreffend Wochenhilfe und Wochenfürsorge wird mit einer Änderung, wonach das Stützgeld mindestens 4, 1, 2 Mk. (statt 3 Mk.) betragen soll, in dritter Lesung angenommen. Es folgt die zweite Lesung eines Gesetzes über die Steuerregelung der Zulagen und der Abfindung in der Unfallversicherung.

Abg. Karsten (U. Soz.): Der Entwurf der Regierung zeigt, daß vom Reichsarbeitsministerium eine vernünftiger Reform der sozialpolitischen Gesetzgebung nicht zu erwarten ist. Eine Verdrückung der Arbeitskräfte ist mindestens ebenso notwendig als die Verdrückung des Reichs. Wir beantragen, das Prinzip der Bedürftigkeit anstreifen.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns bittet, an den Beschlüssen des Ausschusses festzuhalten. Die Änderungsanträge werden abgelehnt, die Vorlage in der Fassung des Ausschusses auch in dritter Lesung angenommen. Es folgt die erste Lesung eines Gesetzes betreffend die öffentliche Bekanntmachung von Verurteilungen wegen Freiheitsberaubung, Salzhandels, verbotener Ausfuhr lebendiger Gegenstände und unzulässigen Handels.

Abg. Reinath (Dem.) beantragt: Ausschussberatung. Reichsfinanzminister Dr. Raddach: Ausschussberatung würde die Verabschiedung dieses Gesetzes zu lange hinausschieben. Welche Kreise verlangen schleunigstes Eingreifen. Nach unerheblich weiterer Debatte wird der Entwurf an den Ausschuss für Volkswirtschaft verwiesen.

Der Gesetzentwurf über den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln wird an den volkswirtschaftlichen Ausschuss zurückverwiesen.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzentwurfs zur Erweiterung des Anwendungsgebietes der Geldstrafe und zur Einschränkung der kurzen Freiheitsstrafen. Der Ausschuss hat die Vorlage mit einigen Änderungen angenommen. U. a. kann danach auch bei Vergehen, wegen derer bis zu 3 Monaten (Vorlage 1 Monat) Gefängnis verhängt worden ist, diese Strafe in Geldstrafe umgewandelt werden. Bei einer Auslegung der Geldstrafe soll der Staatsanwalt nur gehört werden.

Abg. Dr. Herzfeld (Komm.) empfiehlt einen Antrag, die Bestimmungen über den Ertrag der Geldstrafe durch freie Arbeit gesetzlich zu regeln und nicht den Landesbehörden zu überlassen.

Reichsjustizminister Raddach: Die Tendenz des Entwurfs geht dahin, Freiheitsstrafen unter 3 Monaten über-

haupte zu befehlen. Der Richter muß oder wünscht von Fall zu Fall freie Hand behalten. Die freie Arbeit soll ebenfalls den Charakter als Strafe nicht haben. Der Reichstag soll über diesen Gedanken befinden, die Länder werden sich seinen Wünschen anpassen. Von den Organisationen erwarten wir, daß sie sich nicht einseitig und durch Vorurteile von einer gerechten Würdigung des Gesetzes werden abbrechen lassen. Nach weiterer unerbittlicher Debatte wird die Vorlage in der Ausschlußfassung unter Ablehnung des kommunikativen Antrages angenommen, ebenso in dritter Lesung.

Die Beratung des Ausschusses über einen kommunikativen Antrag auf Aufhebung des brennlichen Sicherheitsgesetzes ergibt dessen Ablehnung gegen die Stimmen der Unabhängigen und der Antragsteller.

Es folgt der Entwurf über das Verfahren in Verwaltungsangelegenheiten zur Regelung der Ansprüche von früheren Kriegsteilnehmern. Der Ausschuß empfiehlt Annahme. Im Laufe einer längeren Debatte stellt der Arbeitsminister fest, daß die richterliche Unabhängigkeit in keiner Weise beeinträchtigt werde.

Unter Ablehnung einzelner Änderungsanträge wird die Ausschlußfassung angenommen. Der Reichsarbeitsminister betont dabei, daß an der Annahme und Ausfassung, als ob die Stellung des Richters nicht frei sei, nicht der geringste Grund vorliege. Auch in dritter Lesung erfolgt Annahme der Vorlage.

Der Entwurf eines Gesetzes über die Rechtsverhältnisse und die Befolgungsordnung der eisenbahntechnischen Landesbeamten wird in zweiter und dritter Lesung genehmigt.

Es folgt die zweite Lesung des von den Abgg. Marx (Centr.), Emminger (Vapv. Vp.) und Genossen eingebrachten Gesetzentwurfs über die

Änderung der Einkommensteuer.

Der Entwurf legt einen Steuersatz von 10 Prozent für die ersten 50 000 Mark fest, erhöht den Steuersatz für Frau und Kinder und die Werbungskosten.

Der Berichterstatter Abg. Dr. Oery (Unabh.) empfiehlt das Vorschlagskompromiß zur Annahme.

Abg. Olllein (Komm.) beantragt eine andere Steuerstaffelung. Die Bilanzierung des Staats, die der Reichsfiskus als so nötig bezeichne, lasse sich aber nicht auf dem Wege erreichen, daß man alte Lasten auf die Schultern der breiten Massen abwälze. Dagegen werde die deutsche Arbeiterklasse noch Mittel und Wege finden! Wo bleiben die positiven Aufgaben des Reichsfiskus über seine neuen Pläne der Massenausplünderung?

Ohne weitere Debatte wird sodann die Steuervorlage mit der Maßgabe angenommen, daß für die ersten 50 000 Mark 10 Prozent Steuer erhoben werden, für die nächsten 10 000 Mark 15 Prozent, für die weiteren 20 000 Mark 20 Prozent, für die weiteren 20 000 Mark 25 Prozent, für die weiteren 100 000 Mark 35 Prozent, für die weiteren 200 000 Mark 40 Prozent, für die nächsten 500 000 Mark 45 Prozent und für weitere 500 000 Mark 50 Prozent.

Die Einkommensteuer ermäßigt sich um je 240 Mark für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau, um 160 Mark für jedes Kind. Von dem zehnprozentigen Lohnabzug sind außerdem abzugsfähig 45 Mark für jeden Monat.

Es folgt die Beratung des dritten Nachtrags zum Etat. Hierzu liegt eine Resolution der Reichstag vor, die Weiterführung der alten Handelsflagge Schwarzweißrot zu gestatten.

Im Laufe der Debatte erklärt Minister des Innern, daß die Reichsregierung sich außerhande lege, den Anträgen Folge zu leisten. Die als Schwarzweißrot mit Schwarzrotgold in der linken oberen Ecke eingeführte Flagge sei seit dem 1. Juli eingeführt. Lediglich aus technischen Gründen sei die Übergangsfrist bis zum 31. Dezember d. J. geschaffen. Ab 1. Januar 1922 werden alle Kriegs- und Handelsfahrzeuge die neue Flagge zu führen haben. Die Durchführung des Antrags werde die Auserkennung eines Teils des Art. 13 der Verfassung bis auf Weiteres bedeuten. Die Reichsregierung könne einen solchen verfassungsändernden Beschluß nur ausführen, wenn Reichstag und Reichstag mit qualifizierter Mehrheit diesen Beschluß fassen.

Abg. Bildemeister (D. Vp.) fragt, ob es eine kluge Politik sei, seine Partei gerade in dem Augenblick, wo sie in die Regierung eintreten solle, bereit vor den Kopf zu stoßen.

Abg. Breitscheid (Unabh.) stellt sich auf den Boden der Regierungserklärung. Das Ausland wird das Vertrauen zu uns um so rascher wiederfinden, wenn es sieht, daß die Vertreter der Flagge Schwarzweißrot an Einfluß verlieren.

Das Gehalt des Reichspräsidenten wird genehmigt. Die Resolution wegen der Flaggenfrage wird in momentaner Abstimmung mit 195 gegen 188 Stimmen bei drei Stimmentzählungen abgelehnt. Dafür stimmten die Rechte sowie einzelne Mitglieder des Zentrums und der Demokraten und die Bayerische Volkspartei. Das Ergebnis wird mit Bravorufen auf der Linken, Pfiffen und Pfuirufen auf der Rechten aufgenommen.

Die weitere Beratung des Nachtrags wird ohne wesentliche Debatte zu Ende geführt und der Etat genehmigt; die Entschließung des Ausschusses, der möglichst schnelle Unterzeichnung der Kleinrenten die Verhandlungen mit den Ländern und Gemeinden zu beschleunigen, wird angenommen. Für die Beschäftigten von Saarweilungen werden 500 000 Mark bewilligt.

Es folgt der Entwurf über die Erteilung des passiven Wahlrechts an die Frauen bei den Kaufmannsgerichten. Der Ausschuß beantragt eine Entschließung, daß die in Aussicht genommene Abänderung des Gerichtsverfassungsgesetzes, die den Frauen die Schöffensfähigkeit zuerkennt, in kürzester Frist erfolgt. Der Ausschuß hat im übrigen in dem Gewerbeverfassungsgesetz eine große Anzahl von Änderungen vorgenommen. Der Ausschuß will die Berufungsgrenze auf 5000 Mark festsetzen. Ein Antrag Teusch (Z.), die Unabhängigkeitsgrenze auf 100 000 Mark festzusetzen, wird angenommen. Im übrigen wird die Ausschlußfassung genehmigt, ebenso die Entschließung. Auch die dritte Lesung erfolgt ohne Debatte.

Zum Antrag zur Untersuchung der Zustände in der Strafanstalt Lichtenburg beantragt der Ausschuß, daß das Haus Kenntnis nimmt von der Erklärung des Reichsjustizministers, daß sofort eine eingehende Prüfung der Urteile der Sondergerichte erfolgen soll und erwartet schleunigste Durchführung und Berichterstattung über die Ergebnisse dieser Prüfung.

Abg. Rosenfeld (Unabh.) begründet einen Antrag der Linksparteien, der Reichstag möge die Bayerische Regierung ersuchen, eine Untersuchung der Niederbayerischen Strafanstalt zu gestatten.

Es folgt eine längere Debatte, in deren Verlauf Minister Raddach sich bereit erklärt, ein eventuelles Ersuchen des Reichstages um Beschäftigung von Niederbayerischen in Bayern weiterzugeben, was aber in dem vorliegenden Antrag nicht ausgesprochen sei, und der Bayerische Reichstag jede parlamentarische Erörterung der Frage im Reichstag ablehnt. Die weitere Erörterung über ein ähnliches Gesetzen. Der Abg. Rosenfeld (Unabh.) wird wegen der Worte: „Niederbayerische“ und „Bayerische Strafanstalt“ zweimal zur Ordnung gerufen.

Schließlich wird der Ausschlußantrag angenommen, der Antrag der Linksparteien abgelehnt.

Der Entwurf über die Erteilung der Konzessionsurteile für die Reichstagsmitglieder wird gegen die Stimmen der Deutschnationalen angenommen.

Das Haus verlegt sich sodann auf Sonntag vormittag 12 1/2 Uhr, also auf eine Viertelstunde. Schluß 12 Uhr nachts.

Die neue Sitzung wird pünktlich 1/1 Uhr nachts eröffnet. Die nachgeschickte Genehmigung zur Strafverfolgung der Abgeordneten Reich (Komm.) und Brodau (Dem.) wird nicht erteilt. Die dritte Lesung des Nachtrags wird ohne Debatte erledigt. Es folgt die dritte Lesung des Volksgesetzes.

Die neuen Volksgesetze

betragen demnach: Für die Postkarte im Ortsverkehr 75 Pf., im Fernverkehr 1.25, für den Brief im Ortsverkehr bis zu 20 gr 1.25, über 20 bis 250 gr 2 Pf., im Fernverkehr bis zu 20 gr 2 Pf., über 20 bis 100 gr 3 Pf., über 100 bis 250 gr 4 Pf.; für die Druckkosten 40 Pf., die Druckkosten bis 50 gr 50 Pf., 50 bis 100 gr 1 Pf., 100 bis 250 gr 2 Pf., 250 bis 500 gr 3 Pf., 500 gr bis 1 kg 4 Pf., Aufschlagkarten mit 5 Gruppworten 40 Pf., Geschäftsbriefe bis 250 gr 2 Pf., Warenbriefe bis 250 gr ebenfalls 2 Pf., das Wägen bis 1 kg 4 Pf., Paketgebühr bis 5 kg in der Postzone (bis 75 km) 6 Pf., in der Fernzone (über 75 km) 8 Pf., Zeitungspakete bis 5 kg in der Postzone 8 Pf., die Zeitungsgesetze betragen für eine Zeitungsummer im Durchschnittsgewicht bis zu 20 gr 2 Pf., die Telegrammgebühren eine Mark für jedes Wort, die Postgebühren für Briefe bis zu 100 Pf., 75 Pf.

Minister Gieseler tritt für seine Beamten gegen den Vorwurf ein, daß nicht genügend gearbeitet werde. Das Gesetz wird lobend gegen die Stimmen der Deutschnationalen, Demokraten und äußersten Linken angenommen.

Ebenso die Änderung des Volksgesetzes und der Telegraphengebühren. Dagegen wird das Volksgesetz für die Mitglieder des Reichstages in dritter Lesung gegen die Deutschnationalen angenommen. Die nächste Sitzung soll spätestens am 19. Januar 1922 erfolgen. Schluß 1/2 Uhr.

Weihnachtsanzeigen

mit größeren Ankündigungen und Empfehlungen für das Riefers Tagesblatt wolle man nicht erst am Tage der Ausgabe in der Geschäftsstelle abgeben, sondern spätestens am Tage zuvor, am besten noch zeitiger, damit eine besondere Sorgfalt auf die Sphäre des Inserats verwendet werden kann. — Kleine Anzeigen können täglich bis vorm. 8 Uhr für das abends erscheinende Riefers Tagesblatt angenommen werden. — Geschäftsstelle des Riefers Tagesblattes nur Goethestraße 59.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Im Jagow-Prozess wurden am Sonnabend die Plaidoyers der Verteidiger fortgesetzt. Justizrat Genterbrück, Verteidiger des Angeklagten Dr. Schiele, beantragt die Freisprechung seines Klienten oder die Einstellung des Verfahrens. Nachdem der Oberreichsanwalt Giermeyer, der Reichsanwalt Dr. Neumann und auch die Verteidiger noch einmal das Wort zu kurzen Replikten ergriffen hatten, wurde Herr von Jagow das Wort zu Schlussbemerkungen erteilt. Er verlangte absoluten Freispruch. Herr von Wangenheim erklärte, Kapp habe damals keinen Hochverrat begangen, er habe sich um das deutsche Vaterland verdient gemacht. Als letzter nahm Dr. Schiele das Wort: Was er getan habe, sei nicht Hochverrat. Der in den Märztagen 1920 herrschende Zustand biete keine Grundlage für eine Hochverratsanklage. Senatpräsident Geheimerat v. Pelagius verkündete daraufhin, daß das Urteil am kommenden Mittwoch nachmittags 4 Uhr verkündet werden wird.

Die Bekämpfungsdaktion der Schandlitteratur, die die Reichsregierung zusammen mit Jugendorganisationsrat nun durchgeführt hat, erreichte am Sonntag mit der Verbrennung von etwa 40 000 auf einem Hofen angesamelter Schandbücher auf dem Tempelhofer Feld ihren Abschluß.

Reis Karneval in Baden. Die „Montagspost“ teilt mit, daß das badische Ministerium des Innern für das Jahr 1922 alle Karnevalveranstaltungen verboten hat. Das Ministerium trägt damit den Verhältnissen Rechnung, die wirklich nicht zu Karnevalen und Nummernshows angetan sind.

Streikbrüche der Hamburger Beamten. Eine von 7000 Personen besetzte Versammlung hamburgischer Beamter beschloß, in den Streik einzutreten, falls ihre Forderung an Auszahlung der Januar-Gehälter vor Weihnachten nicht erfüllt werden würde.

Verurteilung eines naturalisierten Deutschen in Straßburg. Nach einer Vorladung aus Straßburg hat das dortige Gewerbenengericht den naturalisierten Deutschen Hermann Höppler zu zwei Jahren Gefängnis und 200 Franken Geldstrafe verurteilt. Höppler wird beschuldigt, im Geschäft anlässlich der Deutschen durch betrügerische Maßnahmen die Naturalisation als Franzosen verschafft zu haben.

Ständeminister a. D. Clemens von Dellbrück ist gestern in Jena im 65. Lebensjahre gestorben.

Smecis kündigt eine Aktion an. Der Führer der Sonderbündler, Smecis, kündigt den beabsichtigten separatistischen Putsch an. In seinem Organ, der „Reinischen Republik“, gibt er die Parole aus, sich in Bereitschaft zu halten.

Streik der Berliner Autobusfahrer. Die Autobusfahrer von Berlin sind am Mittwoch in den Streik getreten als Protest gegen die neue Kraftwagenpersonensteuer.

Republik Österreich.

70 Kronen für eine Zeitungsummer. Mit Rücksicht darauf, daß die Papierpreise für die Zeitungen abermals bedeutend erhöht worden sind, droht eine neuerliche Steigerung der Preise der Zeitungen, lobt ein Gesandter der Wiener Tageszeitungen, daß jetzt im Durchschnitt 25 Kronen kostet, nach Neujahr auf mindestens 70 Kronen zu steigen kommen wird.

Frankreich.

Frankreichs militärische Bereitschaft. Der Senat hat das Kriegsgesetz für die Jahresklasse 1922 in der Fassung der Kammer angenommen. Im Verlauf der Debatte erklärte Kriegsminister Barthou, die vorzeitige Entlassung der Jahresklasse 1922, die für den Monat März in Aussicht genommen worden sei, könne nicht erfolgen. Man würde sich sonst in einer gefährlichen Lage befinden, da die Jahresklasse 1922 erst im Juni einberufen werden. Er

würde dann erkennen, daß Frankreich bis zu dem Monats Januar und Februar wichtigen Zahlungsterminen gegenüber bestände und daß es deshalb alle seine militärischen Kräfte nötig habe.

Frankreichs Krankenversicherung nach deutschem Muster. So unglaublich es auch erscheint: Frankreich besitzt bis heute noch keine obligatorische Krankenversicherung. Erst jetzt wird dieses Land, das sich so gern als führende Kulturnation ausgiebt, durch eine Folgerichtigkeit des Krieges dazu gezwungen, dem Vorbild des Reichs nachzusehen. Die Dr. Schöber in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ mittels eines Frankreich zur Einführung einer allgemeinen Krankenversicherung gezwungen durch — Gleichzeitigen, wo die von Deutschland geschlossenen hochwertigen Krankenversicherungsanstaltungen und -anstalten bestehen. Der einseitigen Verwaltung wegen müßte Frankreich entweder diese deutsche Organisation wieder aufgeben und auf diese Weise seine Arbeiter weiter ohne rechten Schutz in Krankheitsfällen lassen, oder es muß die Versicherung in ganz Frankreich durchzuführen. Man hat den letzteren Weg gewählt und einen Gesetzentwurf nach deutschem Muster vorgelegt. Demnach muß jeder Arbeiter und Angestellte, Mann wie Frau, bis zu einem Jahreseinkommen von 2000 Frk gegen Krankheit und frühzeitige Invalidität versichert sein. Als Beitrag bezahlt der Versicherte 15 Prozent seines Verdienstes, die gleiche Summe erlegt der Arbeitgeber, und der Staat erhält für jeden eingezahlten Franc der Versicherung noch 50 Cts. Zusammen mit dieser Neuorganisation muß auch eine völlige Umgestaltung der öffentlichen französischen Krankenkassen vorgenommen werden, die weit hinter den deutschen zurückstehen. Der Gesetzentwurf, der auch diese Frage regelt, geht selbst die Unzulänglichkeit der bestehenden an. „Es gibt noch den bescheidenen Aufstellungen“, heißt es hier, „in Frankreich 500 000 Tuberkulose, von denen 20 000 der Krankenhausbettbehandlung bedürfen. Aber wir besitzen dafür kaum 10 000 Betten. Und dabei handelt es sich um eine ansteckende Krankheit!“ Ebenso wird das Bestehen von Kinderkrankenhäusern beklagt, die es nur in ganz wenigen Städten gibt, obwohl nach den Angaben des Gesetzentwurfs Frankreich jährlich 100 000 Kinder an vermeintlichen Krankheiten verliert. Der Entwurf verlangt nun, daß beim Hygiene-Ministerium eine Zentralabteilung für das Hospitalwesen errichtet wird, die aus Ärzten, Architekten und Verwaltungsbeamten zusammengesetzt ist und die Aufgabe hat, das ganze französische Krankenhauswesen gründlich umzugestalten.

Spanien.

Zwei französische Schiffe versenkt. Die spanische Presse bringt die Nachricht, daß das spanische Kanonenboot „Benito“ in den Gewässern von Albuera zwei französische Schiffe mit Waffen und Munition, die für die Kadixen bestimmt waren, aufgriff und versenkte.

England.

Abbruch von Kriegsschiffen auf deutschen Werften. Im Unterhaus wurde mitgeteilt, daß die Admiralität einen Kontrakt für den Abbruch einer Anzahl von britischen Kriegsschiffen in Deutschland abgeschlossen habe. Dieser Schritt sei getan worden, nachdem kein Versuch unterblieben sei, die Schiffe durch Abbruch auf dem englischen Markt unterzubringen.

Der Stand der Auswanderungsbewegung.

Die Auswanderungsbewegung, die unmittelbar nach dem Krieg in Deutschland stark bemerkbar machte, hat in der letzten Zeit nachgelassen. Durch die Unterbrechung der deutschen Wirtschaft die praktische Durchführung der Auswanderungsbewegung erheblich erschwert, bedarf keines besonderen Hinweis. In den letzten Monaten ist auch, wie das Reichswanderungsamt feststellt, ein Nachlassen der Auswanderungsbewegung zu verzeichnen. Dies gilt insbesondere vom westlichen Deutschland, vom Rheinland und vom Westfalen, wo die Besserung der Arbeitsverhältnisse in erster Reihe zu diesem Ergebnis geführt hat. Allerdings hat sich in anderen Landesteilen die Auswanderungsbewegung auf derselben Höhe wie bisher gehalten und sich teilweise noch gesteigert.

Als Beweggründe für die Auswanderungsbewegung tritt neben den früher erwähnten allgemeinen Ursachen in zunehmendem Maße die Freisetzung der Einreise in die Vereinigten Staaten von Amerika in Erscheinung. Im ganzen Reich ist die Wahrnehmung gemacht worden, daß eine Anzahl von Personen durch Verträge, die vielfach die Ueberfahrt bezahlen oder gelegentlich die alte Heimat besuchen, zur Auswanderung nach den Vereinigten Staaten veranlaßt werden. Als Ursache der Auswanderung ist ferner der Drang nach wirtschaftlicher Selbständigkeit besonders in landwirtschaftlichen und Arbeiterkreisen eine Rolle, sowie die Sorge um die unsichere Zukunft Deutschlands und die eigene Versorgung im Alter.

Unter den überseeischen Zielländern besteht außer für die Vereinigten Staaten von Nordamerika noch wie vor für Brasilien, von dem zahlreiche Auswanderungswillige, Briefangeboten erwarten, ferner für Argentinien, Paraguay und Niederländisch-Indien Interesse. Infolge der Verteuerung der Ueberfahrtskosten werden in wachsendem Maße die europäischen Staaten ins Auge gefaßt. Größte Nachfrage besteht nach Holland. Steigendes Interesse zeigt sich für Rumänien, Spanien, Sizilien und die östlichen Randstaaten, insbesondere für Ungarn und Litauen. Die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen und die Errichtung einer deutschen Vertretung in Moskau haben eine rege Nachfrage über Betätigungsmöglichkeiten von Ingenieuren und Kaufleuten in Russland zur Folge gehabt. Die tatsächliche Auswanderung nach den östlichen Randstaaten beschränkt sich auf einzelne Fälle, während eine Auswanderung deutscher nach Polen und Rußland nicht stattfand. Zu bemerken sind ferner die Anfragen ehemaliger Kolonialdeutscher über ihr früheres Betätigungsgelände und die portugiesischen Kolonien.

Die Zahl der Leute, die planlos in die Welt hinaus wandern wollen, nimmt immer mehr ab. Dafür steigt die Zahl derjenigen Rat suchenden Personen, die vor der Vereinbarung über eine feste Stellung stehen und vor dem endgültigen Abschluß sich über die Verhältnisse genauer erkundigen wollen.

Die bisher entkommen die Auswanderungswilligen allen Kreisen der Bevölkerung. Besonders stark Anteil haben Industriearbeiter und Handwerker, sowie weibliche Hausangestellte. Für Spizbergen und Rumänien kommen insbesondere Bergarbeiter und für letzteres noch Hocharbeiter, Maschinenhelfer, Monteur und Werkmeister in Frage.

Angesichts des niedrigen Standes der Mark und des Unvermögens der meisten Auswanderungswilligen, die Kosten der Ueberfahrt und der sonstigen mit der Auswanderung verbundenen Ausgaben zu tragen, entspricht die tatsächliche Auswanderung nicht annähernd der vorhandenen Auswanderungsbewegung.

Spuras verschwunden
Auf alle Sparmaßnahmen...
Spuras verschwunden